



GfA Lüneburg – gemeinsame kommunale Anstalt des öffentlichen Rechts

Ausschreibung der Verwertung von PPK

Vergabeunterlagen

Angebotsfrist	15.07.2026, 11:00 Uhr
Zuschlags- und Bindefrist siehe Hinweis in Kap. 2.11	31.08.2026
Leistungsbeginn	01.01.2027

Inhalt

1	Aufforderung zur Angebotsabgabe	4
1.1	Auftraggeber	4
1.2	Aufbau der Vergabeunterlagen.....	5
1.3	Rückfragen zu den Unterlagen und weitere Auskünfte	5
2	Bewerbungsbedingungen	5
2.1	Registrierung	5
2.2	Datenschutz.....	6
2.3	Einreichung der Angebote.....	6
2.3.1	<i>Fristablauf und Form</i>	<i>7</i>
2.3.2	<i>Preisangaben</i>	<i>7</i>
2.3.3	<i>Kosten / Entschädigungsanspruch.....</i>	<i>8</i>
2.4	Änderungsvorschläge/Nebenangebote	8
2.5	Bietergemeinschaften	8
2.6	Unterauftragnehmer	8
2.7	Geliehene Eignung	9
2.8	Bekämpfung unzulässiger Wettbewerbsbeschränkungen.....	9
2.9	Als Angebot einzureichende Unterlagen	9
2.10	Angebotsauswertung und Zuschlagskriterien.....	10
2.10.1	<i>Bietereignung</i>	<i>10</i>
2.10.2	<i>Preisprüfung</i>	<i>11</i>
2.10.3	<i>Wirtschaftlichste Angebote</i>	<i>11</i>
2.11	Zuschlags- und Bindefrist	11
2.12	Verwertungsvertrag	12
2.13	Urkalkulation	12
2.14	Nachprüfungsverfahren	12
2.15	Hinweise auf gesetzliche Anforderungen über Mindestarbeitsbedingungen	12
3	Leistungsbeschreibung	14
3.1	Hintergrundinformationen.....	14
3.2	System der PPK-Erfassung.....	15

3.3	Mengen und Qualität	15
3.4	Übernahme	16
3.5	Leistungsumfang und Zuständigkeit	17
3.6	Leistungspflichten	18
3.6.1	PPK-Übernahme.....	18
3.6.2	Weitere Verwertung des PPK.....	19
3.6.3	Meldungen und Nachweisführung mit den Systemen	19
3.6.4	Entgelt und Erlöse für die Verwertung.....	21
4	Verwertungsvertrag	23
5	Angebotsformular	35
5.1	Bieter und Ansprechpartner	35
5.2	Angaben zu Bietergemeinschaften	37
5.2.1	Weitere Mitglieder von Bietergemeinschaften.....	37
5.2.2	Erklärung der Bietergemeinschaft.....	37
5.3	Leistungsbezogene Unterlagen und Angaben	38
5.3.1	Angaben zur logistischen Durchführung.....	38
5.3.2	Verpflichtungserklärung des Eignungsverleihers.....	39
5.4	Eigenerklärung zu Ausschlusskriterien.....	40
5.5	Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung	44
5.6	Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit.....	44
5.7	Berufliche Leistungsfähigkeit	45
5.8	Preisblatt	47

Anhang: Häufige Fehler in Vergabeverfahren

1 Aufforderung zur Angebotsabgabe

Die GfA Lüneburg gkAöR (im Folgenden GfA oder AG genannt) ist eine gemeinsame kommunale Anstalt des öffentlichen Rechts von Hansestadt und Landkreis Lüneburg. Durch die GfA werden verschiedene abfallwirtschaftliche Dienstleistungen in Hansestadt und Landkreis Lüneburg erbracht, wie z. B. die Erfassung von Papier, Pappe und Kartonagen (PPK). Zudem betreibt die GfA die Zentraldeponie und deren Abfallbehandlungsanlagen sowie sonstige Betriebseinrichtungen am Standort Bardowick. Da der Vertrag für die Übernahme und Verwertung der im Landkreis erfassten PPK-Fraktion zum Ende des Jahres 2026 ausläuft, muss diese Leistung neu vergeben werden.

Gegenstand der Ausschreibung sind daher die Übernahme und Verwertung von ca. 13.000 t/a PPK aus dem Landkreis und der Hansestadt Lüneburg durch den Auftragnehmer (im Folgenden AN genannt).

Zu den Details siehe die Leistungsbeschreibung in Kap. 3.

Leistungsbeginn ist der 01.01.2027. Der Vertrag läuft über drei Jahre zzgl. 2 Verlängerungsoptionen nach Maßgabe von § 11 Verwertungsvertrag.

Die Leistung wird nach § 119 Abs. 1 und 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) sowie § 15 der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV) europaweit im „Offenen Verfahren“ ausgeschrieben.

1.1 Auftraggeber

GfA Lüneburg – gemeinsame kommunale Anstalt des öffentlichen Rechts
Adendorfer Weg 7, 21357 Bardowick
Website: www.gfa-lueneburg.de

Ansprechpartnerin:

Frau Grothusmann

E-Mail: grothusmann@gfa-lueneburg.de

1.2 Aufbau der Vergabeunterlagen

Die Vergabeunterlagen sind wie folgt gegliedert:

- Aufforderung zur Angebotsabgabe und Bewerbungsbedingungen (Gegenstand der Anfrage, Anforderungen an die Angebotserstellung und Hinweise zur Angebotsauswertung), Kap. 1 bis 2
- Leistungsbeschreibung, Kap. 3
- Verwertungsvertrag, Kap. 4
- Angebotsformular: Unterlagen inkl. Preisblatt, Kap. 5 (das gesamte Angebotsformular ist als ausfüllbares PDF-Dokument verfügbar)
- Anhang: Häufige Fehler in Vergabeverfahren

1.3 Rückfragen zu den Unterlagen und weitere Auskünfte

Bestehen nach Auffassung des Bieters in den Vergabeunterlagen Unklarheiten, Lücken oder Widersprüche, sind diese unverzüglich über das Portal DTVP mitzuteilen. Dies gilt auch für sonstige auftretende Fragen und Probleme, insbesondere wenn die Vergabeunterlagen Fragen aufwerfen, die für die Erstellung des Angebots relevant sein können. Fragen auf anderem Wege (z. B. per E-Mail oder Fax) werden nicht beantwortet.

Auf die Rügeobliegenheit gemäß § 160 Abs. 3 GWB sowie auf die dort in Nr. 4 genannte Frist wird hingewiesen.

Weitere Auskünfte werden ebenfalls nur auf Anfrage über das Vergabeportal erteilt.

2 Bewerbungsbedingungen

Der AG verfährt nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), nach der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV) sowie dem Niedersächsischen Tariftreue- und Vergabegesetz (NTVergG).

Hinweis:

Im **Anhang** sind häufige Fehler zusammengefasst, die einem Bieter bei der Teilnahme an einem Vergabeverfahren unterlaufen können.

2.1 Registrierung

Gemäß § 9 Abs. 3 VgV ist der öffentliche Auftraggeber verpflichtet, den Zugang zu den Vergabeunterlagen ohne Registrierungspflicht zu ermöglichen.

Um an der Kommunikation in diesem Vergabeverfahren teilzunehmen, sollten Interessenten sich in ihrem eigenen Interesse bei DTVP für diese Ausschreibung registrieren.

2.2 Datenschutz

Der Bieter erklärt sich mit Einreichung seines Angebotes damit einverstanden, dass die von ihm mitgeteilten personenbezogenen Daten und vom Bieter bereitgestellten Unterlagen für das Vergabeverfahren von der Vergabestelle gespeichert und verarbeitet werden. Die Vergabestelle weist darauf hin, dass sie sich bei der Durchführung des Vergabeverfahrens gegebenenfalls externer Dienstleister (z. B. Betreiber elektronischer Plattformen, externe Fachberater, ggf. Rechtsberater) bedient und ggf. die an den AG übermittelten Unterlagen (einschließlich darin enthaltener personenbezogener Daten) an diese Dritten zur Verarbeitung für Zwecke der Durchführung des Vergabeverfahrens weitergibt. Der zuständige Datenschutzbeauftragte ist:

Martin Büsing, Fa. HBSN GmbH
Berliner Str. 52f
38104 Braunschweig
Tel. 0531/23040 000
datenschutz@hbsn-gruppe.de

Der Bieter ist verpflichtet sicherzustellen, dass die Übermittlung der personenbezogenen Daten durch den Bieter an die Vergabestelle rechtmäßig ist. Soweit notwendig, hat der Bieter die betroffenen Personen über die Übermittlung der Daten an die Vergabestelle und deren Verarbeitung für Zwecke des Vergabeverfahrens zu informieren und die Zustimmung der betroffenen Personen einzuholen. Eine gesonderte Information an die betroffenen Personen durch die Vergabestelle erfolgt nicht.

2.3 Einreichung der Angebote

Die Vergabeunterlagen wurden als PDF-Datei zum Herunterladen bereitgestellt. Das Kap. 5 der Vergabeunterlagen „Angebotsformular“ ist als ausfüllbares PDF-Dokument verfügbar. Es ist elektronisch auszufüllen, abzuspeichern und zusammen mit den dort aufgeführten Unterlagen als Angebot einzureichen.

Die Einreichung der Angebote erfolgt **ausschließlich** gemäß § 53 Abs. 1 VgV mithilfe elektronischer Mittel. Das bedeutet, dass die Angebote als Dateien auf das Vergabeportal (hier DTVP) hochzuladen sind. Auf anderen Wegen eingereichte Angebote (z. B. Post, Telefax, E-Mail) werden ausgeschlossen.

Direkte Preisangaben im Vergabeportal sind i. d. R. gesperrt und in keinem Fall erforderlich; maßgeblich sind insoweit alleine die Angaben im Angebotsformular, notfalls ist eine „1“ einzutragen.

Für die elektronische Angebotsabgabe sind unterschiedliche Signaturniveaus technisch möglich. Für diese Ausschreibung wird die Textform nach § 126b BGB als Mindeststandard festgelegt. Das bedeutet, dass die Bieter keine elektronischen Zertifikate benötigen, sondern lediglich Angaben zum Unternehmen und zum Ansprechpartner bei der Angebotsabgabe in DTVP machen müssen.

Für alle anderen einzureichenden Unterlagen ist ebenfalls das PDF-Format (Portable Document Format) zu nutzen; ggf. sind Unterlagen einzuscannen und als PDF-Datei abzuspeichern. Es steht dem Bieter grundsätzlich frei, mehrere Dateien einzureichen oder alle Dokumente in einer Datei zusammenzufassen; wir empfehlen jedoch, mehrere Dateien entsprechend der selbst vergebenen Anlagennummerierung zu generieren.

Hinweise: Ist das Hochladen von Dokumenten über das Bietertool des Vergabeportals nicht möglich, liegt dies meist an der bieter eigenen Firewall. Wir empfehlen, rechtzeitig die technischen Voraussetzungen zu klären.

2.3.1 Fristablauf und Form

Die Angebote müssen spätestens bis zum Ablauf der Angebotsfrist (**siehe Deckblatt**) auf dem Vergabeportal hochgeladen worden sein.

Nach Ablauf der Angebotsfrist oder nicht formgerecht eingegangene Angebote werden vom Wettbewerb ausgeschlossen, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten (§ 57 Abs. 1 Nr. 1 VgV).

Es sind ausschließlich die in den Vergabeunterlagen enthaltenen Datenblätter (PDF-Formular) zu verwenden. Änderungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig und führen zum Ausschluss des Angebots.

2.3.2 Preisangaben

Die Angebotspreise sind als Nettopreise in das Preisblatt in Kap. 5.8 des Angebotsformulars (separates PDF-Formular) einzutragen.

Es sind nur die Einheitspreise einzutragen. Die weiteren Berechnungen führt das PDF-Formular automatisch durch. Im Falle von Fehlern bei den hinterlegten Formeln, die im Nachhinein erkannt werden, korrigiert der AG anhand der Einheitspreise und vorgegebenen Vordersätze die Ergebnisse im Zuge der rechnerischen Prüfung der Angebote. Insoweit sind die angegebenen Einheitspreise maßgeblich.

2.3.3 Kosten / Entschädigungsanspruch

Für das Bearbeiten und Einreichen der Angebote wird dem Bieter keine Entschädigung gewährt.

2.4 Änderungsvorschläge/Nebenangebote

Änderungsvorschläge und Nebenangebote sind nicht zugelassen.

2.5 Bietergemeinschaften

Bietergemeinschaften haben mit ihrem Angebot bestimmte Erklärungen und Unterlagen abzugeben, siehe hierzu Kap. 5.2. Der AG behält sich vor, ergänzende Unterlagen zur Zulässigkeit der Bietergemeinschaft abzufordern.

Im Angebotsformular ist ein bevollmächtigter Vertreter (federführendes Mitglied) zu benennen, der die Mitglieder gegenüber dem AG rechtsverbindlich vertritt.

2.6 Unterauftragnehmer

Beabsichtigt ein Bieter, Teile des Auftrags im Wege der Unterauftragsvergabe an Dritte zu vergeben, muss er in seinem Angebot Art und Umfang der betreffenden Auftragsteile angeben und die vorgesehenen Unterauftragnehmer benennen. Der AG behält sich vor, vor Zuschlagserteilung Nachweise zu verlangen, dass dem Bieter im Auftragsfall die erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen, indem eine entsprechende Verpflichtungserklärung des/der benannten Unterauftragnehmer(s) gefordert wird (§ 36 Abs. 1 S. 2 VgV).

Generell sind Unterauftragnehmer Unternehmen, welche im Auftrag des AN die Dienstleistung oder Teile davon ausführen (vgl. Definition in § 4 (1) Verwertungsvertrag).

Der AG weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass verbundene Unternehmen (Schwester- oder Tochterunternehmen des Bieters) ebenfalls als Unterauftragnehmer gelten, wenn sie in die Leistungserbringung eingeschaltet sind.

Zur späteren Einschaltung von Unterauftragnehmern siehe § 4 des Verwertungsvertrags.

Mit Blick auf die Eignungsprüfung sind für Unterauftragnehmer je nach Kategorie bestimmte Unterlagen vorzulegen. Siehe jeweils die entsprechenden Unterkapitel des Angebotsformulars (Kap. 5).

Im Übrigen gilt § 36 VgV.

2.7 Geliehene Eignung

Ein Bieter kann im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen, wenn er nachweist, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem er beispielsweise eine entsprechende **Verpflichtungserklärung** dieser Unternehmen vorlegt. Diese Möglichkeit besteht unabhängig von der Rechtsnatur der zwischen dem Bieter und den anderen Unternehmen bestehenden Verbindungen.

Ein Bieter kann jedoch im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit (vgl. Kap. 5.7) oder die einschlägige berufliche Erfahrung die Kapazitäten anderer Unternehmen nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden (vgl. § 47 Abs. 1 VgV).

Eine Eignungsleihe ist nicht möglich im Hinblick auf die Eigenerklärung zu den Ausschlusskriterien in Kap. 5.4.

Für die Eignungsleihe sind alle Unterlagen vorzulegen, die für den geliehenen Eignungsaspekt auch vom Bieter gefordert werden. Eignungsverleiher gelten in Hinblick auf die vorzulegenden Unterlagen als Unterauftragnehmer; vgl. Kap. 5.3.

Diesbezüglich behält sich der AG Aufklärungen vor.

Der AG wird im Falle einer Eignungsleihe von § 47 Abs. 3 VgV Gebrauch machen und entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe eine gemeinsame Haftung verlangen.

Hinweis: Für Bietergemeinschaften geht der AG davon aus, dass diese sich gegenseitig bei der Erfüllung des Auftrags unterstützen, sodass hier die „Eignungsleihe“ nach § 47 VgV stets gegeben ist. Hier ist somit keine Verpflichtungserklärung erforderlich.

2.8 Bekämpfung unzulässiger Wettbewerbsbeschränkungen

Zur Bekämpfung der Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art der Bieter wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist. Dies gilt insbesondere für Bietergemeinschaften.

2.9 Als Angebot einzureichende Unterlagen

Mit dem Angebot sind diejenigen Unterlagen einzureichen, die im Angebotsformular (Kap. 5) aufgeführt sind. Hierzu sind folgende Hinweise zu geben:

Das Angebot und alle beigelegten Unterlagen müssen grundsätzlich in deutscher **Sprache** abgefasst sein. Soweit Unterlagen in einer anderen Sprache vorgelegt werden, ist eine Übersetzung in deutscher Sprache beizufügen. Der AG behält sich diesbezüglich Rückfragen und Nachforderungen vor.

Der AG weist darauf hin, dass gemäß § 57 Abs. 1 Nr. 2 VgV Angebote, die nicht die geforderten oder nachgeforderten Unterlagen enthalten, ausgeschlossen werden.

Der AG kann die Bieter jedoch gemäß § 56 Abs. 2 VgV unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung auffordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise, nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren oder fehlende oder unvollständige leistungsbezogene Unterlagen nachzureichen oder zu vervollständigen. Ob eine Nachforderung erfolgt, liegt im pflichtgemäßen Ermessen des AG.

Gemäß § 56 Abs. 3 VgV ist die Nachforderung von leistungsbezogenen Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, ausgeschlossen. Dies gilt nicht für Preisangaben, wenn es sich um unwesentliche Einzelpositionen handelt, deren Einzelpreise den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb nicht beeinträchtigen.

Die Unterlagen sind vom Bieter nach Aufforderung durch den AG innerhalb einer vom AG im Nachforderungsschreiben festgelegten Frist vorzulegen. Kommt der Bieter dem nicht fristgerecht und vollständig nach, wird das Angebot ausgeschlossen.

Die Anforderung zusätzlicher Erklärungen und Nachweise, welche der AG für die Feststellung der Eignung und sonstige Angebotsprüfung für erforderlich ansieht, und die weitere Aufklärung von Angebotsinhalten bleiben ebenso vorbehalten.

2.10 Angebotsauswertung und Zuschlagskriterien

2.10.1 Bieterreignung

Der AG wird die Bieter zunächst auf das Vorliegen von Ausschlussgründen (§§ 123 und 124 GWB) prüfen, dabei werden etwaige Maßnahmen zur Selbstreinigung berücksichtigt (§ 125 GWB). Liegen keine Ausschlussgründe vor, wird der AG gemäß § 122 GWB in Verbindung mit den §§ 44 bis 47 VgV die Eignungskriterien der jeweiligen Bieter prüfen. Er bezieht sich dabei auf die vorgelegten und ggf. weitere von Bieter abgeforderte Unterlagen sowie sonstige Informationen nach pflichtgemäßem Ermessen. Der AG wird keine nachteiligen Eignungsinformationen von Dritten verwenden, ohne den Bieter zur Stellungnahme aufzufordern.

2.10.2 Preisprüfung

Erscheinen Angebote im Verhältnis zu der zu erbringenden Leistung ungewöhnlich niedrig, wird der AG Aufklärung verlangen, indem er den oder die betreffenden Bieter zur Vorlage ihrer Kalkulation auffordert (§ 60 VgV). In Zweifelsfällen wird zur Plausibilisierung einzelner oder aller Kostenansätze und zur weiteren Aufklärung aufgefordert.

2.10.3 Wirtschaftlichste Angebote

Aus dem Kreis der wertungsfähigen (nicht ausgeschlossenen) Angebote und der geeigneten Bieter wird der Zuschlag auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Das wirtschaftlichste Angebot aus dem niedrigsten Angebotspreis gemäß Preisblatt.

Der Verwertungserlös in Pos. 2, der vom AN an den AG ausgekehrt werden soll, wird vom Entgelt für die Pos. 1 (Übernahme und Transport) abgezogen. Die niedrigste Angebotssumme stellt das wirtschaftlichste Angebot da.

Sollte für die Pos. 2 ein negatives Entgelt (welches der AG an den AN zu entrichten hat) anstelle eines Verwertungserlöses (welches der AN an den AG zu entrichten hat) verlangt werden, ist der Preis mit einem **negativen Vorzeichen** einzutragen (kein Vorzeichen gilt als positives Vorzeichen: Verwertungserlös wird vom AN an den AG gezahlt).

2.11 Zuschlags- und Bindefrist

Eine Rücknahme bereits hochgeladener Angebote ist über das Vergabeportal nur bis zum **Ablauf der Angebotsfrist** möglich.

Danach sind Bieter bis zum **Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist** (siehe Deckblatt) an ihr Angebot gebunden. Verzögert sich die Zuschlagserteilung wegen eines Nachprüfungsverfahrens, so sind die am Nachprüfungsverfahren beteiligten Bieter bis vier Wochen nach Rechtskraft des letztinstanzlichen Beschlusses an ihr Angebot gebunden. Beteiligte an einem Nachprüfungsverfahren, deren Angebot nicht für den Zuschlag in Betracht kommt, werden auf Wunsch aus der Bindefrist entlassen. Gleiches gilt für alle Bieter unter den Voraussetzungen der §§ 313 und 314 BGB.

Verzögert sich aufgrund eines Nachprüfungsverfahrens oder sonstiger vergaberechtlicher Gründe (z. B. Rügen) der Leistungsbeginn, bleibt das Vertragsende hiervon unberührt.

2.12 Verwertungsvertrag

Mit der Zuschlagserteilung kommt zwischen dem AG und dem begünstigten Bieter der in Kap. 4 niedergelegte Vertrag automatisch zustande.

Eine Ausfertigung gesonderter von den Vertragspartnern unterzeichneter Vertragsurkunden dient lediglich der Dokumentation und kann vom AG verlangt werden.

2.13 Urkalkulation

Die Urkalkulation für das jeweilige Angebot ist dem AG spätestens 4 Wochen nach Zuschlagserteilung verschlossen vorzulegen (siehe § 13 (5) Verwertungsvertrag).

Die Urkalkulation dient der Ermittlung neuer Preise im Falle von Vertragsanpassungen. Entsprechend muss sie so detailliert sein, dass die Auswirkungen von z. B. Leistungsanpassungen oder veränderten rechtlichen Bestimmungen preislich ermittelt werden können.

Es wird empfohlen, die Urkalkulation bereits mit der Angebotsabgabe anzufertigen.

Davon unabhängig behält sich der AG vor, Kalkulationen im Zuge ihrer Angebotsprüfung nach § 60 VgV abzufordern.

2.14 Nachprüfungsverfahren

Zuständig für Nachprüfungsverfahren ist die Vergabekammer Niedersachsen beim Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Bauen, Auf der Hude 2, 21339 Lüneburg.

Im Falle eines Nachprüfungsverfahrens hat die Vergabestelle die Akten des Vergabeverfahrens der Vergabekammer vorzulegen; diese gewährt den Verfahrensbeteiligten Akteneinsicht. Zur Wahrung der Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse obliegt es den Bietern, schon mit Angebotslegung die betreffenden Bestandteile ihres Angebotes als derartige Geheimnisse zu kennzeichnen (§ 165 Abs. 2 und 3 GWB) und dies substantiiert zu begründen. Ohne eine solche Kennzeichnung und Begründung ist der AG nicht gehalten, weitergehende Maßnahmen zum Schutz etwaiger Geheimnisse bei der Weitergabe an die Vergabekammer zu ergreifen.

2.15 Hinweise auf gesetzliche Anforderungen über Mindestarbeitsbedingungen

Gemäß § 4 Abs. 1 NTVergG dürfen öffentliche Aufträge im Dienstleistungsbereich nur an Unternehmen vergeben werden, die bei Angebotsabgabe erklären, bei der Ausführung des Auftrags im Inland

1. ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Sinne des § 22 des Mindestlohngesetzes (MiLoG), in der jeweils geltenden Fassung, mindestens ein Mindestentgelt nach den Vorgaben des Mindestlohngesetzes und
2. ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die von Regelungen nach § 1 Abs. 3 MiLoG, insbesondere von Branchentarifverträgen, die nach den Vorgaben des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG), in der jeweils geltenden Fassung, bundesweit zwingend Anwendung finden, erfasst werden, mindestens ein Mindestentgelt nach den Vorgaben dieser Regelungen

zu zahlen.

Diese Erklärung ist in die Erklärung in Kap. 5.4 integriert. Bei Verstößen gegen die o.g. Mindestentgeltregelungen hat der AG die für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 21 MiLoG, § 23 AEntG und nach § 16 AÜG zuständigen Stellen zu informieren.

3 Leistungsbeschreibung

3.1 Hintergrundinformationen

Der Landkreis Lüneburg liegt im Nordosten des Landes Niedersachsen. Der Landkreis Lüneburg mit seiner gleichnamigen Kreisstadt hat eine Größe von 1.324 km² und rd. 179.000 Einwohner.¹



Abbildung 1: Lage des Landkreises Lüneburg in Niedersachsen²

Der Landkreis Lüneburg ist über ein Stück der A 39 erschlossen sowie über einige Bundesstraßen (4, 195, 209, 216, 404).

Die Hansestadt Lüneburg ist als große selbstständige Stadt ein vom Landkreis unabhängiger öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger. Gemeinsam haben Stadt und der Landkreis die GfA gegründet, die u. a. die PPK im gesamten Gebiet erfasst. Weitere Informationen über den Landkreis Lüneburg finden sich unter www.lueneburg.de, Informationen zur GfA unter www.gfa-

¹ LSN Online: Tabelle A100001G Bevölkerung nach Geschlecht; Fläche, Bevölkerungsdichte (Gemeinde), Stichtag 31.12.2025

² Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Lower_Saxony_HK.svg; bearbeitet

lueneburg.de. Wird im Folgendem vom Landkreis Lüneburg gesprochen ist stets das gesamte Entsorgungsgebiet inkl. der Hansestadt Lüneburg gemeint.

3.2 System der PPK-Erfassung

Die Altpapierentsorgung erfolgt im Landkreis und der Hansestadt Lüneburg über „Blaue Tonnen“, Bündelsammlungen und Depotcontainer (Landkreis 54 Standorte, Hansestadt 76 Standorte); zudem kann Altpapier auch an den Annahmestellen der GfA abgegeben werden. Es gibt Altpapierbehälter in den Größen 120 l, 240 l und 1,1 m³; die Abfuhr erfolgt im Regelfall 28-täglich. Zudem besteht auch die Möglichkeit, die Behälter zweiwöchentlich oder wöchentlich leeren zu lassen. In geringem Umfang sind zudem gewerbliche Sammler im Altpapierbereich tätig.

3.3 Mengen und Qualität

Folgende Mengen wurden im Landkreis und der Hansestadt Lüneburg (inkl. Verpackungen) in den letzten Jahren gesammelt:

Tabelle 1: PPK-Mengen aus Hansestadt und Landkreis Lüneburg in t/a

<u>Jahr</u>	<u>Menge in t/a</u>
2022	14.218 t
2023	13.461 t
2024	13.128 t
2025	12.733 t

Im Entsorgungsgebiet installierte Erfassungssysteme werden auch von Gewerbebetrieben genutzt. Über den Anteil des Altpapiers aus anderen Herkunftsbereichen liegen keine Angaben vor.

Das Verhältnis des erfassten Altpapiers verteilt sich auf die Hansestadt mit ca. 43 % und den Landkreis mit ca. 57 % Mengenanteil.

Der Trend der rückläufigen PPK-Mengen wird sich voraussichtlich fortsetzen; tendenziell verringert sich das Aufkommen an (schwereren) graphischen Papieren, dagegen nimmt der Anteil an (leichteren) Verpackungen aus Papier zu. Das Altpapiergemisch wird daher tendenziell auch leichter, so dass von einer Menge von unter 13.000 t/a auszugehen ist.

Nachstehend ist der Jahresgang der in der Hansestadt und im Landkreis Lüneburg angefallenen PPK-Mengen von 2025 dargestellt (t je Monat).

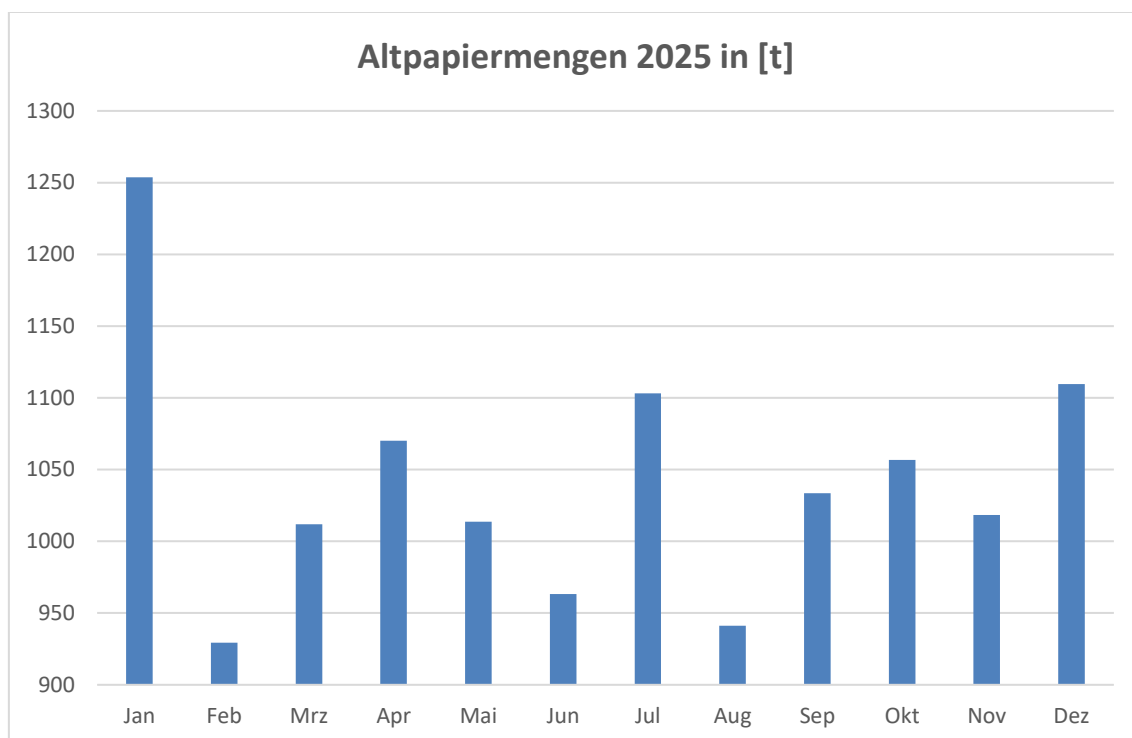


Abbildung 2: Jahresgang der von der GfA erfassten PPK-Mengen (inkl. Verpackungen) 2025

Die Altpapiermengen unterliegen branchenüblichen Schwankungen auch hinsichtlich der Beschaffenheit, sodass die AG keine Garantie für das Mengenaufkommen übernehmen können.

Die künftige Entwicklung der Altpapiermenge liegt außerhalb des Einflussbereiches des AG und ist vom AN bei der für die Angebotskalkulation erforderlichen Kapazitäts- und Kostenplanung zu berücksichtigen. Die Gesamtmenge der PPK ist in den letzten Jahren leicht rückläufig, wie der Tabelle 1 zu entnehmen ist.

Hinsichtlich der Qualität liegen dem AG keine besonderen Erkenntnisse vor. Wie im kommunalen Raum üblich, hat der AN auch mit Störstoffen und Fehlwürfen zu rechnen. Dem Bieter wird Gelegenheit gegeben, das Material zu besichtigen; eine Terminabsprache ist direkt mit dem AG (siehe Kap. 1.1) möglich.

3.4 Übernahme

Die durch die GfA erfassten PPK werden an der Zentraldeponie in Bardowick an den AN übergeben.

3.5 Leistungsumfang und Zuständigkeit

Wie im kommunalen Raum üblich, werden auch im Landkreis sowie der Hansestadt Lüneburg kommunales Altpapier und Verpackungsaltpapier in einem gemeinsamen System gesammelt. Bekanntlich unterliegt der Bereich des Verpackungsaltpapiers den Regelungen durch das Verpackungsgesetz (VerpackG). Gemäß § 22 Abs. 4 VerpackG gilt, dass jedes System auf eine gemeinsame Verwertung verzichten und stattdessen die Herausgabe seines Masseanteils an der Gesamtmasse verlangen kann, welche in den Sammelbehältern erfasst wurde und in seiner Verantwortung zu entsorgen ist.

Der AG hat seit dem 01.01.2025 für den Entsorgungsbereich des Landkreises Lüneburg und seit dem 01.01.2026 für den Entsorgungsbereich der Hansestadt Lüneburg jeweils eine Abstimmungsvereinbarung für 3 Jahre mit den Dualen Systembetreibern abgeschlossen. Der Anteil an PPK-Verpackungsmaterialien in den Sammelbehältern beträgt derzeit für den Landkreis Lüneburg 33,5 % und für die Hansestadt Lüneburg 35 % der gesamten PPK-Sammelmenge. In der Hansestadt nehmen zwei Systeme die Herausgabe gemäß derzeitiger Abstimmungsvereinbarung in Anspruch; beim Landkreis ist es ein Systembetreiber.

Jahr	Gesamtmenge	Herausgabemenge Systeme für Landkreis	Herausgabemenge Systeme für Hansestadt
2020	15.361 t		
2021	15.082 t	-	-
2022	14.218 t	Ab 15.06.2022 1.534 t	-
2023	13.461 t	2.594 t	Ab 01.07.2023 831 t
2024	13.128 t	3.606 t	
2025	12.733 t	1.509 t	

Es bleibt vorbehalten, dass der Verpackungsanteil in einer zukünftigen Vereinbarung in einer anderen Höhe festgeschrieben wird, als auch die an die Systeme herauszugebende Menge sich verändert. Der Herausgabeanteil kann aber (nach heutigem Stand) grundsätzlich zwischen null und 35 % der Gesamtsammelmenge liegen; das entspräche nach derzeitigem Kenntnisstand einer Leistungsmenge von rd. 8.500 bis 13.000 t/a.

Sofern ein System einen Herausgabeanspruch gelten macht, gilt folgendes:

- a. Der örE stellt eine Teilmenge des Sammelgemischs dem System zur eigenen Vermarktung nach Maßgabe der in der Abstimmungsvereinbarung vereinbarten operativen Bestimmungen zur Verfügung (Herausgabemenge). Im Gegenzug leistet das jeweilige System einen Ausgleich für die Zusatzkosten der Übergabe sowie eine Kompensation.

- b. Die Herausgabemenge des die Herausgabe wählenden Systems berechnet sich wie folgt:
$$\text{Sammelmenge je Monat} \times \text{Verpackungsanteil} \times \text{Marktanteil des jeweiligen Systems} = \text{Herausgabemenge pro Monat}$$

Sofern der AG mit den Systemen eine teilweise oder vollständige Herausgabe der PPK mit den Systemen vereinbart (nächstmögliche Änderung in 2028 beim Landkreis bzw. 2029 bei der Hansestadt), hat der AN die Gesamtmenge abzüglich des Anteils, der an die Systeme herausgegeben wird, zu übernehmen und zu verwerten. Die Herausgabe an die Systeme erfolgt in der Umschlaganlage des AG.

3.6 Leistungspflichten

3.6.1 PPK-Übernahme

- (1) Die gesammelten PPK-Mengen werden durch die GfA zur Zentraldeponie in Bardowick gebracht. Die Adresse lautet:

Adendorfer Weg 7
21357 Bardowick

- (2) Alle Abholungen haben innerhalb der Öffnungszeiten zu erfolgen.

montags bis freitags: 07:00 Uhr bis 16:30 Uhr

Die Abholungen sind spätestens am Vortag (Werktag) bis 15:00 Uhr beim AG mit einer voraussichtlichen Ankunftszeit per Mail anzumelden. Fahrzeuge müssen bis spätestens 1 Stunde vor Ende der Öffnungszeiten eintreffen. Der AG führt die Verladung der PPK durch. Der AN darf nur Walking-Floor-Fahrzeuge einsetzen, der Einsatz von z. B. Containern ist ausgeschlossen.

- (3) Der AN hat sicherzustellen, dass die Walking-Floor-Fahrzeuge so rechtzeitig bereitgestellt werden, dass maximal eine Tagesmenge durch den AG zwischengelagert werden muss. Verstöße sind mit Vertragsstrafen bewehrt, vgl. § 8 Verwertungsvertrag.
- (4) Die PPK-Mengen werden lose gelagert und ebenfalls lose übergeben. In der Vergangenheit betrug die durchschnittliche Auslastung der Walking-Floor-Fahrzeuge 17,3 t. Es wird darauf hingewiesen, dass keine festgelegte Zuladung für die Transportfahrzeuge zugesichert werden kann. Der AG wird sich jedoch im Rahmen seiner Möglichkeiten um eine optimale Ausladung bemühen.
- (5) Der AG wird sich bemühen, die Fahrzeuge des AN unmittelbar nach Eintreffen zu beladen. Wartezeiten von bis zu 30 Minuten zwischen dem Eintreffen des Fahrzeuges des AN an der zugewiesenen Verladestelle und dem Beginn des Ladevorgangs im Einzelfall sind vom Bieter einzukalkulieren.

- (6) Der AG bzw. sein beauftragter Dritte führt die Verladung der PPK durch. Hinsichtlich Verlademenge und etwaiger Verdichtung durch Baggerschaufel richtet sich das Personal nach den Vorgaben des Fahrers. Wurde das Ladegut auf Wunsch des Fahrers des Abholfahrzeuges verdichtet, trifft den AG keine Haftung für etwaige Folgeschäden.
- (7) Es erfolgt eine Eingangs- und Ausgangsverwiegung an der Waage des AG. Sofern bei der Verwiegung des beladenen Fahrzeugs eine Überschreitung des zulässigen Gesamtgewichts festgestellt wird, hat der AN zurückzufahren und das Ladungsgewicht zu reduzieren. Durch Verwiegung und ggf. Ladungskorrektur bedingte Wartezeiten hat der AN in Kauf zu nehmen und sind im Entgelt enthalten.
- (8) Das Eigentum an den PPK geht mit Verlassen der Waage auf den AN über.
- (9) Alle Fahrzeuge müssen optisch und technisch einwandfrei sein und mindestens der EURO-Norm 6 genügen.
- (10) Der rechtlich und technisch beanstandungsfreie Transport liegt in der Verantwortung des AN. Alle damit verbundenen Kosten und Risiken – insbesondere auch verkehrsbedingter Art – sind im Entgelt einkalkuliert.

3.6.2 Weitere Verwertung des PPK

- (1) Die PPK sind einer ordnungsgemäßen und schadlosen stofflichen Verwertung zuzuführen. Es ist dem AN freigestellt, ob er das Material direkt zu einer Papierfabrik fährt oder zuvor sortiert, lagert, presst oder anderweitig behandelt.
- (2) Die ordnungsgemäße Entsorgung von Störstoffen und Fehlwürfen obliegt dem AN und ist in die Einheitspreise einzukalkulieren.
- (3) Der AG ist mit dem Angebot und im weiteren Verlauf bei Änderungen über die Verwertungskette schriftlich im Vorwege zu informieren.
- (4) Der AN übernimmt unabhängig von der Betriebsbereitschaft oder Nutzbarkeit der vorgesehenen Anlage(n) die Entsorgungsgarantie für die von diesem Vertrag erfassten Abfälle. Sind Anlagen nicht betriebsbereit oder ist der Betrieb bzw. die Annahme des vertragsgegenständlichen Abfalls aufgrund einer vorübergehenden oder endgültigen behördlichen Betriebsuntersagung einzustellen, beschafft der AN auf seine Kosten Kapazität in Ersatzanlagen. Das vertragliche Entgelt wird hiervon nicht berührt.

3.6.3 Meldungen und Nachweisführung mit den Systemen

- (1) Der AG ist verpflichtet, den einzelnen Systemen monatlich die von ihm der Verwertung zugeführten PPK-Verpackungsmengen durch Wiegedaten nachzuweisen, damit diese den Mengenstromnachweis gemäß § 17 VerpackG führen können.

- a) Für die Systeme, die gemäß § 22 Abs. 4 VerpackG sich der gemeinsamen Verwertung angeschlossen haben erfordert dies, dass der AN an allen Anlagen der Verwertungskette (Umschlaganlagen, Sortieranlagen, Lager, Veredler und Letztempfänger) Verwiegungen auf geeichten Waagen vornimmt. Ausnahmen sind nur nach Rücksprache mit dem AG zulässig.
 - b) Für die Systeme, die gemäß § 22 Abs. 4 VerpackG sich für die Herausgabe der PPK-Mengen entschieden haben, endet die Nachweisführung seitens des AG mit der Ausgangsverwiegung an der Übergabestelle des AG.
- (2) Der AN erfüllt für den AG dessen Pflichten für die Nachweisführung hinsichtlich der erfassten, abgefahrenen sowie der von ihm der Verwertung zugeführten PPK. Die Nachweisführung hat nach den jeweils geltenden gesetzlichen Vorgaben, insbesondere des VerpackG und der Prüfleitlinien der Zentralen Stelle Verpackungsregister (ZSVR), zu erfolgen. Die Kosten hierfür sind in Pos. 1 (Preisblatt Kap. 5.8) einzukalkulieren.
- (3) Jeder Ein- und Ausgang ist auf geeichten Waagen zu verwiegen. Die Wiegescheine müssen den Anforderungen der zuständigen Stellen – insbesondere der jeweils geltenden Prüfleitlinie der Zentralen Stelle Verpackungsregister – genügen und in jedem Fall Fraktion, Herkunft und Wiegedatum ausweisen. Sofern die Zentrale Stelle gem. § 17 Abs. 3 S. 2 VerpackG verlangt, die zugehörigen Dokumente im Original nachzureichen, hat der AN diese dem AG zu übermitteln, damit dieser sie dem jeweiligen System oder mit dessen Einvernehmen der Zentralen Stelle unmittelbar zur Prüfung vorlegen kann. Die Originale sind vom AN nach den jeweils gültigen Bestimmungen, mindestens jedoch drei Jahre aufzubewahren.
- (4) Der AN stellt zur Gewährleistung einer revisionssicheren Buch- und Mengenstromprüfung sicher, dass den Systemen und/oder einem von ihnen beauftragten Dritten regelmäßig bis zum 14. des Folgemonats die monatlichen Mengendaten übermittelt werden. Dem AG werden zeitgleich ebenfalls die anteiligen Mengen jedes Systems (Herausgabe, gemeinsame Verwertung) elektronisch übermittelt; AN und AG stimmen sich über die Gestaltung der Tabellen ab.
- (5) Der AN ist verpflichtet, die generierten Daten regelmäßig auf Richtigkeit und Vollständigkeit zu überprüfen und ggf. seine Mengenmeldungen zu korrigieren. Bis zum Ende jedes Folgemonats hat der AN die gemeldeten Mengendaten mit den Systemen abzustimmen; eine Abstimmung liegt vor, wenn Übereinstimmung hergestellt oder verbleibende, begründete Differenzen zwischen AN und Systemen dokumentiert sind.
- (6) Die Meldungen der Mengendaten des AN sind mittels des von den Systemen einheitlich vorgegebenen EDV-Datenformats und Übertragungswegs – zurzeit „wme.fact“ - abzugeben. Die Systeme stellen das Softwareprogramm und die Beschreibung des Datenformats zur Erfüllung dieser Vereinbarung kostenlos zur Verfügung. Die bereitgestellten

Buchungsregelungen sind einzuhalten. Der AN kann auch eine eigene Software verwenden, wenn diese eine kompatible Schnittstelle beinhaltet und die vollständige, fristgerechte Übermittlung der Mengendaten im jeweils vorgegebenen Format gewährleistet ist.

- (7) Der AN hat nach Abschluss des Leistungsjahres eine Jahresbilanz über die relevanten PPK-Mengen zu erstellen. Das jeweilige System wird diese Jahresbilanz nach Vorliegen sämtlicher zur Überprüfung notwendiger Daten überprüfen und ggf. mit dem AN spätestens bis zum 15. März des Folgejahres abstimmen. Falls eine Abstimmung zwischen den Parteien nicht innerhalb von vier Wochen nach Zugang der Jahresbilanz beim System erfolgt ist, ist das jeweilige System berechtigt, einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer mit der Prüfung der Mengenchführung des AN zu beauftragen. Die Kosten trägt die Partei, deren Mengenchführung von dem Ergebnis des unabhängigen Wirtschaftsprüfers abweicht oder Buchungslücken aufweist, bei beiderseitigen Differenzen tragen die Parteien die Kosten gemeinsam im Verhältnis der festgestellten Differenzen.

3.6.4 Entgelt und Erlöse für die Verwertung

- (1) Die Leistung wird in ein Entgelt für die Übernahme und den Transport (Pos. 1, darin enthalten auch etwaige Behandlungsschritte wie z. B. Ballieren) und einen Verwertungserlös (Pos. 2) aufgeteilt.
- (2) Entgelt und Erlös sind so zu kalkulieren, dass damit alle erforderlichen Leistungen inkl. aller Nebenleistungen abgegolten sind. Alle branchenüblichen Risiken – auch verkehrsbedingter Art – sind einzukalkulieren. Dies gilt auch für alle öffentlich-rechtlichen Abgaben oder Mautgebühren etc.
- (3) Der Verwertungserlös (Pos. 2) kann als positiver Preis (dann ist ein Erlös an den AG auszukehren) oder als negativer Preis angeboten werden (dann hat der AG eine Zuzahlung zu leisten). Sofern kein Verwertungserlös zugunsten des AG angeboten werden soll, können auch 0 € oder ein negativer Erlös (Verwertungsentgelt) angeboten werden (in allen Fällen, auch bei 0 €, unterliegt der angegebene Wert der unten beschriebenen Preisgleitung für Erlöse, siehe Abs. (6)).
- (4) Die maßgeblichen Mengen für die Berechnung von Entgelt und Erlös ergeben sich aus den Ausgangsverwiegungen an der Umschlaganlage des AG (Übernahmestelle). Näheres siehe § 7 Verwertungsvertrag).
- (5) Der zu zahlende Betrag bemisst sich jeweils durch Multiplikation von Leistungsmenge und Einheitspreis zzgl. Umsatzsteuer. (Hinweis: Gemäß einem Schreiben des

Bundesfinanzministeriums³ unterliegt seit 2021 auch der Verkauf von Altpapier im Rahmen des § 2b UStG der Umsatzsteuer).

- (6) **Preisgleitung Erlöse (Pos. 2):** Der im Preisblatt angegebene Erlös (Pos. 2) verändert sich während der Vertragslaufzeit entsprechend dem EUWID-Marktbericht für Altpapier in Deutschland⁴ (Angaben der Preisveränderung zum jeweiligen Vormonat in €/t, gerundet auf 0,50 €-Schritte; Ankaufpreise für Altpapier der Sorte 1.02 „Gemischte Ballen“). Dabei werden alle im Zeitraum nach Ablauf der Angebotsfrist bis zum Abrechnungszeitraum veröffentlichten Änderungen berücksichtigt (also alle Änderungen, die zum Zeitpunkt des Ablaufs der Angebotsfrist noch nicht bekannt waren).
- (7) Im Falle von Änderungen der Erhebungsmethoden des EUWID-Marktberichts tritt der veränderte Marktbericht bzw. ein vergleichbarer Index des EUWID an die Stelle des bisherigen Referenzindex. Sollte der Marktbericht gänzlich eingestellt werden, einigen sich die Parteien auf einen anderen, in der Methodik und Marktsegment möglichst vergleichbaren geeigneten Index.

Beispiel für die Preisgleitung:

Da die Veröffentlichungen im EUWID jeweils die Preisniveaus des Vormonats abbilden, stellt der AG auf die bis zum Zeitpunkt der Abrechnung im EUWID veröffentlichten Preisveränderungen ab. Die Veröffentlichung des hier benannten Marktberichts im EUWID findet erfahrungsgemäß um den 16. bis 22. eines jeden Monats herum statt. Die Basis bildet der vom AN angebotene Erlös. Da jeder Bieter über eigene Vertragsstrukturen verfügt, ist es zumutbar, einen Angebotspreis für den Monat der Angebotsabgabe zu kalkulieren, ohne die Preisveränderungen für diesen Monat des EUWID-Marktberichts zu kennen.

Zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe wurde vom AN ein Verwertungserlös von z. B. 140 €/t angeboten. Der erste Leistungsmonat ist der Januar 2027. Die erste Teilrechnung (1. bis 15. Januar) erfolgt spätestens 5 Werktage nach dem Abrechnungszeitraum, hier bis zum 22. Januar. Zum Angebotsbetrag wird die Summe aller in EUWID zwischen dem Monat der Angebotsabgabe und Januar 2027 veröffentlichten Preisänderungen addiert, die zum Zeitpunkt des Ablaufs der Angebotsfrist noch nicht bekannt waren.

Wäre diese Summe zum Beispiel + 3,00 €, wird die im Januar 2027 erbrachte Leistung mit 143,00 €/t vergütet (d. h. der AN zahlt diesen Betrag an den AG).

³ Schreiben vom 15. November 2019 (III C 2 - S 7107/19/10007 :001 – DOK 2019/1010138)

⁴ EUWID Recycling und Entsorgung, veröffentlicht von Europäischer Wirtschaftsdienst GmbH, Gernsbach; <http://www.euwid-recycling.de/>

4 Verwertungsvertrag

VERWERTUNGSVERTRAG

Zwischen

...

(Auftraggeber, nachstehend: AG)

und

...

(Auftragnehmer, nachstehend: AN)

wird folgender Vertrag geschlossen:

§ 1 Grundlagen

(1) Vertragsbestandteile sind in der maßgeblichen Reihenfolge:

1. die Bestimmungen dieses Vertrages, ggf. in der durch Bierrundschreiben modifizierten Fassung
2. die Leistungsbeschreibung (vgl. § 2), ggf. in der durch Bierrundschreiben modifizierten Fassung
3. Unterlagen zu etwaigen Aufklärungen bzw. Protokolle zu etwaigen Aufklärungsgesprächen
4. das Angebot vom sowie vom AN vorgelegte Unterlagen zur Eignung und zur Durchführung der Leistung inkl. einer etwaig vorgelegten Kalkulation
5. die Bestimmungen der VOL/B in der zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe gültigen Fassung
6. die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches in der jeweils gültigen Fassung

Bei Widersprüchen zwischen den vorstehend genannten Vertragsbestandteilen gilt der Vorrang in der hier gewählten Reihenfolge. Etwaige Vorverträge, hier nicht aufgeführte Unterlagen, Protokolle oder sonstige Korrespondenz im Zusammenhang mit dem Abschluss dieses Vertrages, insbesondere Liefer-, Vertrags- und Zahlungsbedingungen des AN sind nicht Vertragsbestandteil.

(2) Folgende Vorschriften sind vom AN strikt einzuhalten bzw. zu beachten:

- a) das öffentliche Recht, insbesondere das Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) sowie das Niedersächsische Abfallgesetz in der jeweils gültigen Fassung und darauf beruhende Verordnungen sowie dazu ergangene Verwaltungs- und technische Vorschriften. Weiter gehören dazu die einschlägigen Vorschriften auf den Gebieten des Wasserrechts, des Datenschutzrechts, des Gewerberechts – insbesondere des Arbeitsschutz- und -zeitrechts – und sonstige Vorschriften, die für die jeweilige Aufgabenerfüllung maßgeblich sind,
- b) anwendbare Rechtsvorschriften über zwingende (Mindest-)Arbeitsbedingungen, insbesondere des Mindestlohngesetzes (MiLoG), des Niedersächsischen Tariftreue- und Vergabegesetzes (NTVergG) und andere einschlägige Vorschriften über die Mindestentlohnung von Mitarbeitern,
- c) die Vorschriften und Weisungen der zuständigen Berufsgenossenschaft.

Die Einhaltung dieser Vorschriften schuldet der AN auch vertraglich gegenüber dem AG.

§ 2 Gegenstand des Vertrages

Der AN führt die in beigefügter Leistungsbeschreibung oder in Ergänzungsvereinbarungen beschriebenen Aufgaben zu Übernahme und Verwertung von PPK für die GfA durch.

§ 3 Weitere Pflichten des Auftragnehmers

Über die in der Leistungsbeschreibung genannten Pflichten hinaus hat der AN folgende Pflichten zu erfüllen:

- (1) Der AN hat alle Maßnahmen des AG zur Verwirklichung dessen abfallwirtschaftlicher Ziele zu dulden und, soweit seine Aufgaben betroffen sind, zu fördern. Auf § 13 wird hingewiesen.
- (2) Der AN hat die Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb oder der von ihm im Angebot geltend gemachten vergleichbaren Qualifikation während des gesamten Vertragszeitraums aufrechtzuerhalten und dem AG bei Aktualisierung eine Kopie des gültigen Zertifikats zu übersenden (digital als PDF-Datei).
- (3) Der AN sowie die von ihm beauftragten Unterauftragnehmer müssen während der gesamten Vertragslaufzeit Inhaber der für die Leistungserbringung erforderlichen behördlichen Genehmigungen, Erlaubnisse usw. sein. Der AN und die von ihm beauftragten Unterauftragnehmer haben diese auf eigene Kosten zu beantragen und aufrechtzuerhalten. Der AN sowie die von ihm beauftragten Unterauftragnehmer sind verpflichtet, alle zu erbringenden Leistungen im Rahmen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen (z.B. Arbeitsschutz-, Unfallverhütungs- und sonstigen öffentlich-rechtlichen und zivilrechtlichen Bestimmungen) zu erbringen. Eine Vorlage der Genehmigungen, Erlaubnisse usw. ist nicht erforderlich.
- (4) Der AN verpflichtet sich, den Anweisungen des Personals an der Übergabestelle des AG Folge zu leisten.
- (5) Für die den AG aus der Missachtung dieser Bestimmungen entstehenden Schäden haftet der AN in vollem Umfang. Zudem stellt der AN den AG von sämtlichen Ansprüchen Dritter frei, die aus der Verletzung gesetzlicher Vorschriften durch den AN im Zusammenhang mit der Leistungserbringung resultieren, einschließlich etwaiger Prozess- und Anwaltskosten.
- (6) Der AN hat bis 6 Wochen vor Leistungsbeginn in Textform einen fachkundigen Ansprechpartner (sowie mindestens einen Stellvertreter) zu benennen, der mit den Vorgängen vor Ort vertraut und weisungsbefugt gegenüber den im Rahmen der Leistungserbringung eingesetzten Mitarbeitern ist. Er ist für den AG verantwortlicher Ansprechpartner für die Abhilfe etwaiger Nicht- oder Schlechtleistungen innerhalb vorgegebener Fristen. Für Weisungen des AG oder seines Beauftragten ist dessen Erreichbarkeit per Telefon und E-Mail

montags bis freitags 7:00 bis 17:00 Uhr (ausgenommen gesetzliche Feiertage in Niedersachsen) sicherzustellen.

- (7) Alle bei der Auftragsdurchführung eingesetzten Mitarbeiter müssen ihnen im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit gestellte Fragen schriftlich und mündlich in deutscher Sprache adäquat beantworten können. Soweit Mitarbeiter anderer als deutscher Muttersprache zum Einsatz kommen sollen, kann der AG den Nachweis ausreichender Deutschkenntnisse verlangen. Als ausreichend gelten Deutschkenntnisse, wenn sie mindestens der Niveaustufe B1 des „Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen“ (GER) entsprechen. Ein Nachweis kann bspw. durch ein B1-Zertifikat des Goethe-Instituts oder in anderer geeigneter Form erfolgen.
- (8) Soweit der AN mit der Abrechnung Leistungsnachweise in Listenform vorlegt, hat er diese zugleich auch per E-Mail zu übersenden. Als Datenformat ist „Microsoft Office Excel“ zu verwenden. Der AG ist berechtigt, die Gestaltung von Listen vorzugeben.
- (9) Der AN ist verpflichtet, auf Verlangen des AG Daten und Informationen über die Durchführung der Abfallentsorgung zu übermitteln, soweit diese ihm zugänglich sind oder im Zuge der Leistungsdurchführung ohne Weiteres, etwa durch Zählen, Messen oder Wiegen, ermittelt werden können (z. B. Daten über Stoffströme der vertragsgegenständlichen Abfälle). Dies schließt ausdrücklich Informationen/Daten zur Leistungsbeschreibung für Folgeausschreibungen dieser Leistung ein.
- (10) Beide Parteien dürfen Forderungen gegen die jeweils andere Partei nur mit deren Zustimmung abtreten. Soweit eine Forderungsabtretung im Rahmen bankmäßiger Sicherheiten der Finanzierung des laufenden Geschäftsbetriebs aus diesem Vertrag dient, darf die Zustimmung nur aus wichtigem Grunde verweigert werden. Im Übrigen darf die Zustimmung nicht unbillig verweigert werden.

§ 4 Unterauftragnehmer

- (1) Unterauftragnehmer sind Unternehmen, welche anstelle des AN die Dienstleistung oder Teile davon ausführen. Mögliche Unterauftragnehmer sind hier Unternehmen, welche die Übernahme und den Transport der eingesammelten PPK ganz oder teilweise durchführen, oder Unternehmen, welche Behandlungsvorgänge an den PPK vornehmen sollen (z. B. Sortieren, Ballieren). **Papierfabriken** sind hingegen **keine** Unterauftragnehmer im Sinne dieser Ausschreibung. Auch Lieferanten und Zulieferer sind keine Unterauftragnehmer.
- (2) Der AN bedarf für die Erteilung von Unteraufträgen an Auftragnehmer, die er nicht bereits in seinem Angebot als Unterauftragnehmer benannt hat (nachträgliche Einschaltung oder Wechsel eines Unterauftragnehmers), der vorherigen schriftlichen Zustimmung des AG. Der AN hat dem AG rechtzeitig die Eignung des Unterauftragnehmers, insbesondere dessen Zuverlässigkeit im Sinne des § 22 Satz 3 KrWG und der dem Vertrag zugrunde

liegenden Ausschreibung nachzuweisen. Der AG darf seine Zustimmung nur aus wichtigem Grunde verweigern.

- (3) Der AG ist jederzeit berechtigt, eine erteilte Zustimmung aus wichtigem Grunde zu widerrufen. Ein wichtiger Grund im Sinne von Absatz (2) und (3) liegt insbesondere vor, wenn begründete Zweifel an der Eignung des Unterauftragnehmers bestehen.
- (4) Dem AG stehen unmittelbar gegenüber den Unterauftragnehmern dieselben Kontroll-, Einwirkungs- und Auskunftsrechte zu, die ihm gegenüber dem AN nach diesem Vertrag zustehen. Der AN hat in seinem Vertrag mit den Unterauftragnehmern sicherzustellen, dass die Unterauftragnehmer diese Pflichten gegenüber dem AG erfüllen.
- (5) Bei der Weitergabe von Dienstleistungen ist die VOL/B in der jeweils geltenden Fassung zum Vertragsbestandteil zu machen.
- (6) Der AN hat bei der Übertragung von Teilen der Leistung an Unterauftragnehmer nach wettbewerblichen Gesichtspunkten zu verfahren und bei der Einholung von Angeboten für Unteraufträge kleine und mittlere Unternehmen angemessen zu beteiligen. Dem Unterauftragnehmer sind keine ungünstigeren Bedingungen – insbesondere hinsichtlich der Zahlungsweise und Sicherheitsleistungen – zu stellen, als sie zwischen dem AN und dem AG nach diesem Vertrag vereinbart sind.
- (7) Unterauftragnehmer sind darauf zu verpflichten, anwendbare Rechtsvorschriften über zwingende (Mindest-)Arbeitsbedingungen, insbesondere des Mindestlohngesetzes (MiLoG), des Niedersächsischen Tariftreue- und Vergabegesetzes (NTVergG) und andere einschlägige Vorschriften über die Mindestentlohnung von Mitarbeitern zu erfüllen. Hierfür hat der AN den eingesetzten Unterauftragnehmern die Erklärungen zum NTVergG (Erklärung in Kap. 5.4) abzuverlangen, sodass der Unterauftragnehmer die Verpflichtungen aus diesen Erklärungen übernimmt und einhält. Für den Fall des Verstoßes hat der AN eine Vertragsstrafe entsprechend der Regelung in diesem Vertrag zu vereinbaren, welche direkt an den AG zahlbar ist. Die Sätze 1 bis 3 beziehen sich nicht auf Beschäftigte, die bei einem Bieter oder Unterauftragnehmer im EU-Ausland tätig sind und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland erbringen.
- (8) Vorstehende Regelung gilt entsprechend, wenn der AN Mitarbeiter aus Arbeitnehmerüberlassung einsetzt.
- (9) Der AG ist berechtigt, vom AN eine fristlose Kündigung des Unterauftragnehmervertrags zu verlangen, wenn der Unterauftragnehmer gegen Abs. (7) verstößt oder wenn er im Rahmen des Vergabeverfahrens vorsätzlich unzutreffende Erklärungen in Bezug auf seine Eignung abgegeben hat.
- (10) Damit der AG seinen Kontrollpflichten in ausreichender Weise nachkommen kann, hat der AN sicherzustellen, dass etwaige von ihm beauftragte Unterauftragnehmer nicht ihrerseits wiederum Unterauftragnehmer zur Durchführung von Leistungen aus diesem Vertrag beauftragen.

§ 5 Überwachungs- und Kontrollrechte des AG

- (1) Der AG ist berechtigt, die dem AN übertragenen Leistungen durch Mitarbeiter oder Beauftragte zu überwachen. Hierfür sind dem AG auf Verlangen Unterlagen zur Einsicht vorzulegen und ihm Zugang zu Bereichen, Einrichtungen und Fahrzeugen zu gewähren, welche mit der Leistungserfüllung in Zusammenhang stehen.
- (2) Der AG ist ferner berechtigt zu überprüfen, ob der AN und die am Auftrag beteiligten Unterauftragnehmer die von ihnen im Hinblick auf das NTVergG übernommenen Verpflichtungen einhalten. Der AN und die jeweiligen Unterauftragnehmer sind verpflichtet, dem AG die Einhaltung der Verpflichtungen nach Satz 1 auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen.
- (3) Unbeschadet der vorstehenden Kontroll- und Einsichtsrechte ist der AG ferner berechtigt, zur Überprüfung der ordnungsgemäßen Erfüllung der dem AN obliegenden Pflichten zur Nachweisführung und Mengenstromdokumentation (insbesondere nach den Regelungen zu Verwiegung, Mengenmeldungen und Jahresbilanz, vgl. Kap. 3.6.3) Einsicht in sämtliche hierauf bezogenen Unterlagen und Daten zu nehmen. Werden im Rahmen der Einsichtnahme Unrichtigkeiten oder Unvollständigkeiten der Nachweise festgestellt, ist der AN verpflichtet, diese unverzüglich zu korrigieren und die betroffenen Meldungen gegenüber den Systemen und – soweit erforderlich – gegenüber der Zentralen Stelle Verpackungsregister sowie dem AG zu berichtigen.

§ 6 Geheimhaltung

- (1) Jeder Vertragspartner ist verpflichtet, die vom anderen Vertragspartner schriftlich, textlich oder mündlich erhaltenen vertraulichen Informationen und Kenntnisse wie eigene Betriebsgeheimnisse vertraulich zu behandeln und nur für Vertragszwecke zu benutzen. Dies gilt nicht für öffentlich zugängliche Informationen.
- (2) Abs. (1) gilt insbesondere für die Informationen zu Kunden des AG, die der AN vom AG oder in sonstiger Weise im Rahmen der Vertragsdurchführung erhält. Diese Kundendaten darf der AN insbesondere auch nicht für eigene Zwecke bzw. zur Geschäftsanbahnung mit dem Kunden verwenden.

§ 7 Entgelte und Rechnungslegung

- (1) Die Entgeltbemessungsgrundlagen und Nachweiserfordernisse für die Leistungen ergeben sich aus der Leistungsbeschreibung. Für die umsatzsteuerliche Richtigkeit der Abrechnungen trägt der Auftragnehmer das alleinige Risiko.
- (2) Die Einheitspreise je Tonne ergeben sich aus dem Preisblatt.
- (3) Der AN erstellt zweimal monatlich eine schriftliche Abrechnung (jeweils für den Zeitraum 1. bis zum 15. und 16. bis Monatsende) und legt diese spätestens 5 Werktage nach dem Abrechnungszeitraum dem AG vor. Die Abrechnung erfolgt nach Maßgabe der im abgerechneten Zeitraum tatsächlich übergebenen Mengen. Mengenbasis der Abrechnung ist die vom AG ermittelte Halbmonatsmenge (1. bis 15. und 16. bis Monatsende); Basis für die Berechnung ist die Ausgangsverwiegung bei der GfA (Wiegedaten des AG).
- (4) Zu Pos. 2 des Preisblattes: Der Erlös je Tonne ergibt sich als gleitender Verwertungserlös: Dieser ergibt sich gemäß Kap. 3.6.4 aus dem monatlich veröffentlichten EUWID-Marktbericht für Altpapier in Deutschland.
- (5) Sofern sich als Saldo aus Leistungsentgelt und Verwertung eine Zahlungsverpflichtung des AN ergibt, hat der AN die Zahlungsverpflichtung innerhalb von 14 Tagen nach Erstellung der Abrechnung zu begleichen. Zahlungsverzug tritt ab dem 15. Tag nach Rechnungslegung ein. Gerät der AN mit seiner Zahlung in Verzug, hat er auf den jeweils offenen Rechnungsbetrag Zinsen von 8 %-Punkten über dem jeweils geltenden Basiszinssatz zu zahlen.
- (6) Sofern sich als Saldo aus Leistungsentgelt und Verwertung eine Zahlungsverpflichtung des AG ergibt, gelten hinsichtlich der Zahlungsfristen die gleichen Regelungen wie in Abs. (5).
- (7) Der AG kann die Forderung um Vertragsstrafen (§ 8) kürzen, auch wenn sein Anspruch auf Vertragsstrafe bestritten wird. Weitere Rechte zur Aufrechnung nach den Vorschriften des BGB bleiben unberührt.
- (8) Alle Zahlungen werden von den Vertragspartnern durch Überweisungen geleistet. Als Tag der Zahlung gilt der Tag der Hingabe oder Absendung des Auftrags an das Geldinstitut.

§ 8 Vertragsstörungen

- (1) Einschränkungen, Unterbrechungen oder Verspätungen der Leistungserbringung sind unverzüglich dem AG bekannt zu geben.
- (2) Nicht erbrachte Leistungen hat der AN unverzüglich im vollen Umfang nach Maßgabe der Festlegungen in der Leistungsbeschreibung nachzuholen.
- (3) Führt der AN Dienstleistungen ganz oder teilweise nicht durch, so ist der AG nach erfolglosem Ablauf einer von ihm gesetzten angemessenen Nachfrist mit entsprechender

Ankündigung berechtigt, sie in eigener Regie auszuführen oder von Dritten ausführen zu lassen. Hat der AN den Grund zu vertreten, hat er die Mehrkosten zu ersetzen.

- (4) Führt der AN eine durch diesen Vertrag übernommene und nicht nur gänzlich unwesentliche Verpflichtung nicht, nicht rechtzeitig, nicht vollständig oder nicht ordnungsgemäß durch, die tatbestandlich nicht von Abs. (7) erfasst wird, so ist der AG berechtigt, dem AN eine Vertragsstrafe aufzuerlegen. Dies gilt nicht für den Fall, dass den AN kein Verschulden trifft. Die Höhe der Vertragsstrafe steht im billigen Ermessen des AG, welche im Streitfall durch das zuständige Gericht überprüft werden kann. Die Gesamtheit aller in einem Kalenderjahr verhängten Vertragsstrafen, die nicht auf Verstößen gegen das NTVerG beruhen, wird auf 5 % des Auftragswertes (brutto) gemäß Preisblatt beschränkt (ein etwaiger Erlösbetrag wird hierzu mit positivem Vorzeichen angesetzt, sodass die Summe aus Leistungsentgelt und Erlös anzusetzen ist). § 341 Absatz 3 BGB (Ausschluss der Vertragsstrafe durch vorbehaltlose Leistungsannahme) wird ausgeschlossen.
- (5) Die AG werden bei Vertragsstrafen stets Ermessenentscheidungen treffen. Für folgende Pflichtverletzungen wird die Höhe der Vertragsstrafe schon jetzt festgelegt:
 - a) Kommt der AN seiner Verpflichtung, die PPK-Mengen nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung arbeitstäglich abzuholen, nicht nach, ist der AG berechtigt, eine Vertragsstrafe von 300 € je Werktag festzusetzen.
 - b) Bei nicht frist- bzw. pflichtgemäßer Durchführung weiterer vertraglicher Leistungen ist der AG berechtigt, hierfür eine Vertragsstrafe von 300 € pro Werktag festzusetzen, sofern er dem AN vorab unter Fristsetzung vergeblich Gelegenheit zur Nachholung seiner Pflichten bzw. Nachbesserung der Leistung gegeben hat.
- (6) Weitergehende Ansprüche des AG bleiben unberührt. Die verwirkte Vertragsstrafe wird auf einen möglichen Schaden angerechnet.

Die folgenden Absätze dienen der Umsetzung des NTVerG:

- (7) Für jeden nachgewiesenen schuldhaften Verstoß gegen die sich aus den Erklärungen zum NTVerG ergebenden Verpflichtungen (siehe Erklärung in Kap. 5.4) schuldet der AN dem AG eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 % des Auftragswertes. Bei mehreren Verstößen beträgt die vom AN zu entrichtende Vertragsstrafe bis zu 10 % des Auftragswertes. Die Höhe der Vertragsstrafe ist in diesem Fall vom AG nach billigem Ermessen zu bestimmen und im Streitfall vom zuständigen Gericht zu überprüfen.
- (8) Die Zahlung etwaiger Vertragsstrafen nach Absatz (7) ist auch dann zu entrichten, wenn der Verstoß durch einen vom AN eingesetzten Unterauftragnehmer oder von einem Verleiher von Arbeitskräften begangen wird und der AN den Verstoß kannte oder kennen musste.
- (9) Ist die verwirkte Vertragsstrafe nach den Absätzen (7) und/oder (8) unverhältnismäßig hoch, so kann sie vom AG auf Antrag des AN auf einen angemessenen Betrag herabgesetzt werden.

§ 9 Haftung

- (1) Der AN ist verpflichtet, den AG von allen Haftpflicht- und sonstigen Schadensersatzansprüchen, die aus dem Betrieb nach Maßgabe dieses Vertrages entstehen und aus der Tätigkeit des AN oder eines von ihm beauftragten Dritten herrühren, freizustellen.
- (2) Der AN ist verpflichtet, sich in ausreichender Höhe aufgrund einer betrieblichen Risikoabschätzung (§ 6 EfbV) gegen Haftungsrisiken (allgemeine Haftpflicht einschließlich Umwelthaftpflicht) aus dem Betrieb nach Maßgabe dieses Vertrages zu versichern und dies auf Anforderung durch Vorlage der Versicherungsverträge und der Risikoabschätzung nachzuweisen. Die Versicherung ist während der gesamten Laufzeit des Vertrages aufrechtzuerhalten und entsprechend der Kostenentwicklung anzupassen.
- (3) Im Übrigen richtet sich, soweit in den vorstehenden Absätzen nichts anderes bestimmt ist, die Haftung nach den gesetzlichen Vorschriften.

§ 10 Sicherheitsleistung

- (1) Zur Sicherung der Erfüllung sämtlicher bestehender und zukünftiger Verpflichtungen des AN gegenüber dem AG aus dem vorliegenden Vertrag – insbesondere für die vertragsgemäße Ausführung der Leistung einschließlich Abrechnung, Gewährleistung und Schadensersatz – und für die Erstattung von Überzahlungen – hat der AN eine unbedingte, unbestristete, selbstschuldnerische und unwiderrufliche Bürgschaft eines Instituts gemäß § 18 Nr. 2 Abs. 1 VOL/B in Höhe von 3 % der Gesamtauftragssumme zu stellen.
- (2) Die Gesamtauftragssumme ergibt sich aus den summierten Beträgen (mit positiven Vorzeichen) von Pos. 1 und Pos. 2 brutto in €/a gemäß Preisblatt mal der Mindestvertragslaufzeit in Jahren.
- (3) In der Bürgschaftsurkunde muss auf die Rechte aus den §§ 770 und 771 BGB und auf das Recht der Hinterlegung ausdrücklich verzichtet werden. Der Verzicht auf die Einrede der Aufrechenbarkeit gilt nicht für unbestrittene oder rechtskräftig festgestellte Gegenforderungen des Hauptschuldners.
- (4) Die Bürgschaftsurkunde ist vor Leistungsbeginn vorzulegen. Leistet der AN die Sicherheit nicht bis zum Leistungsbeginn, so ist der AG berechtigt, fällige Zahlungen einzubehalten, bis der Sicherheitsbetrag erreicht ist.
- (5) Die Rückgabe der Bürgschaftsurkunde kann gestückelt erfolgen. Eine Teilrückgabe in Höhe von 50 % der Bürgschaft kann vom AN verlangt werden, wenn er für den Zeitraum der halben Mindestvertragslaufzeit seine Leistungs- und Zahlungspflichten mängelfrei erfüllt hat. Der verbleibende Anteil von 50 % sichert die weitere Leistungs- und Zahlungserfüllung sowie die Gewährleistung. Zur formalen Erleichterung können daher auch zwei

Bürgschaftsurkunden zu je 50 % vorgelegt werden, von denen dann eine auf Verlangen zurückgegeben wird.

§ 11 Laufzeit

- (1) Vertragsbeginn ist der Tag der Zuschlagserteilung. Die erforderlichen Vorarbeiten sind rechtzeitig zu erbringen. Leistungsbeginn ist der 01.01.2027.
- (2) Der Vertrag läuft bis zum 31.12.2029.
- (3) Der Vertrag verlängert sich um ein Jahr, wenn er nicht 12 Monate vor Vertragsablauf von einer der Vertragsparteien gekündigt wird. Der Vertrag verlängert sich um ein weiteres Jahr, wenn er nicht 12 Monate vor Vertragsende von einer der Vertragsparteien gekündigt wird.
- (4) Das Recht der außerordentlichen Kündigung beider Vertragsparteien bleibt unberührt.

§ 12 Beendigung des Vertrags aus wichtigem Grund

- (1) Für die Kündigung aus wichtigem Grund, insbesondere der Verletzung einer Pflicht aus dem Vertrag, gilt § 314 BGB. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor,
 - a) wenn der AN seinen vertraglichen Verpflichtungen trotz zweimaliger Abmahnung nicht nachkommt. Die Abmahnungen haben in Textform zu erfolgen. Zwischen ihnen muss ein Zeitraum von drei Wochen liegen;
 - b) wenn ein Antrag auf Eröffnung eines Vergleichs- bzw. Insolvenzverfahrens über das Vermögen des AN gestellt, über das Vermögen des AN das Insolvenzverfahren eröffnet oder das Insolvenzverfahren mangels Masse nicht eröffnet wird;
 - c) wenn der AN im Rahmen des Vergabeverfahrens vorsätzlich unzutreffende Erklärungen in Bezug auf seine Eignung abgegeben hat. Dies gilt auch und insbesondere für die mit dem Angebot geforderten Erklärungen des Bieters (Kap. 5.4).
 - d) bei einer schuldhaften und nicht nur unerheblichen Nichterfüllung der Verpflichtungen aus einer mit dem Angebot vorzulegenden Erklärung zum NTVergG durch den AN oder einen von ihm eingesetzten Unterauftragnehmer.
- (2) Der AG kann die Kündigung fristlos oder mit angemessener Frist aussprechen; die angemessene Frist bemisst sich am Zeitaufwand für die Beschaffung einer ersatzweisen Entsorgungslösung.
- (3) Erfolgte die Kündigung aufgrund von Umständen, die der AN zu vertreten hat, ist der AN zum Ersatz des Schadens verpflichtet. Er hat insbesondere auch die Kosten eines erneuten Ausschreibungsverfahrens in tatsächlicher Höhe sowie ggf. höhere Unternehmerentgelte zu ersetzen.

- (4) Sonstige gesetzliche oder vertragliche Ansprüche der Vertragsparteien bleiben unberührt.

§ 13 Vertragsanpassung oder Kündigung aufgrund Veränderung der Geschäftsgrundlage

- (1) Der AN verpflichtet sich, den Vertrag auch bei Änderungen der Entsorgungspflichten, des Entsorgungssystems oder der Auftragsverhältnisse des AG, etwa aufgrund von Satzungsänderungen oder anderen Beschlüssen der Gremien des AG, zu erfüllen.
- (2) Der AG ist – insbesondere im Falle von Satzungsänderungen oder anderer Beschlüsse der Gremien des AG sowie Änderungen sonstiger rechtlicher Bestimmungen – berechtigt, Anpassungen der Leistung des AN zu verlangen.
- (3) Soweit hierdurch, durch Änderungen rechtlicher Bestimmungen oder sonstiger tatsächliche Umstände die kalkulatorischen Grundlagen der Leistungserbringung wesentlich berührt sind, haben beide Seiten Anspruch auf eine Preisanpassung in Höhe der nachgewiesenen Mehr- oder Minderkosten, soweit in diesem Vertrag nichts Abweichendes geregelt ist. Soweit erforderlich, schließt die Anpassung auch die Änderung der Leistungsbeschreibung und des Vertrags mit ein. Entsprechendes gilt für erforderliche Anpassungen nach §§ 313, 314 BGB, § 2 VOL/B sowie § 132 GWB.
- (4) Preisanpassungen werden auf Grundlage der nach Abs. (5) vorgelegten Urkalkulation ermittelt. Wurde diese nicht vertragsgemäß vorgelegt, scheidet eine Preisanpassung zu Gunsten des AN aus.
- (5) Der AN hat die Preisermittlung für die vertragliche Leistung (Urkalkulation) dem AG spätestens 4 Wochen nach Zuschlagserteilung, verschlossen zur Aufbewahrung zu übergeben, soweit der AG die Kalkulation nicht bereits im Rahmen der Angebotsprüfung nach § 60 VgV angefordert hat. Der AG darf die Preisermittlung bei Vereinbarung neuer Preise oder zur Prüfung von sonstigen vertraglichen Ansprüchen öffnen, einsehen und Kopien zur Weitergabe an externe Berater anfertigen, nachdem der AN davon rechtzeitig verständigt und ihm freigestellt wurde, bei der Einsichtnahme anwesend zu sein. Die Preisermittlung wird danach wieder verschlossen und dient als unveränderliches Original. Die Preisermittlung wird nach Beendigung des Vertrags zurückgegeben oder vernichtet.
- (6) Kommt im Falle einer Vertrags- oder Preisanpassung eine Einigung nicht zustande, unterwerfen sich beide Seiten dem Spruch eines einvernehmlich bestellten Sachverständigen als Schiedsgutachter; kommt über die Bestellung kein Einvernehmen zustande, wird die zuständige IHK gebeten, einen Sachverständigen zu benennen. Der Rechtsweg bleibt unberührt; das Schiedsgutachten entfaltet keine Beweiskraft und führt zu keiner Beweislastumkehr.
- (7) Wegfall der Geschäftsgrundlage: Wenn sich die abfallrechtlichen Bestimmungen dahin gehend ändern, dass die Entsorgungspflicht des AG ganz oder teilweise entfällt, sind beide

Vertragsparteien berechtigt, den Vertrag insoweit zum Datum des Inkrafttretens der Bestimmung zu kündigen. Die Kündigung hat bis zum Ablauf der Hälfte der zwischen Verkündung und Inkrafttreten der Bestimmung liegenden Zeitspanne zu erfolgen.

§ 14 Weitere Bestimmungen

- (1) Die Kündigung aus jedem Grunde bedarf der Textform.
- (2) Änderungen und Zusätze zu diesem Vertrag bedürfen zu ihrer Wirksamkeit und nicht bloß aus Beweisgründen der Textform; dies gilt auch für eine Aufhebung oder Änderung des Schriftformerfordernisses selbst. Mündliche Nebenabreden sind nicht getroffen.
- (3) Alle im Zusammenhang mit der Leistungserbringung einschließlich der Erfüllung der Nebenpflichten erfolgenden mündlichen, textlichen und schriftlichen Informationen (Gespräche, Schriftverkehr, Dokumentationen von Werten und Vorgängen etc.) müssen in deutscher Sprache erfolgen bzw. erbracht werden.
- (4) Durch etwaige Nichtigkeit oder Unwirksamkeit einzelner Vertragsbestimmungen wird die Gültigkeit dieses Vertrages nicht berührt. Die Vertragspartner verpflichten sich, unwirksame Vereinbarungen durch solche zu ersetzen, die den gewollten bzw. Sinn und Zweck des Vertrages entsprechenden Erfolg herbeiführen oder diesem möglichst nahekommen. Gleiches gilt, soweit sich Vertragslücken herausstellen.
- (5) Der Vertrag und seine Auslegung unterliegen ausschließlich dem deutschen Recht und der deutschen Gerichtsbarkeit. Soweit deutsches Recht auf ausländisches Recht verweist, ist diese Verweisung für den Vertrag nicht wirksam. Die Vertragssprache ist Deutsch.
- (6) Ausschließlicher Gerichtsstand für Streitigkeiten aus dem Vertragsverhältnis ist der Sitz des AG.

Dieser Vertrag kommt mit der Zuschlagserteilung zustande und bedarf keiner Unterzeichnung, gleichwohl behält sich der AG vor, eine Ausfertigung der Vertragsurkunde in Papierform zu verlangen.

5 Angebotsformular

Das Angebotsformular steht allen Bietern zum Download auf dem Portal DTVP als separates PDF-Formular mit genügend Platz für Eintragungen zur Verfügung. Der Abdruck des Formulars in diesem Kapitel der Vergabeunterlagen erfolgt lediglich zu Informationszwecken. Bitte füllen Sie **nur** die separate PDF-Datei vollständig – soweit zutreffend – elektronisch⁵ aus.

Alle Signaturen sind in Textform zu leisten; d. h., sie sind wie alle anderen Angaben elektronisch in die entsprechenden Formularfelder einzutragen.

5.1 Bieter und Ansprechpartner

Der genannte Ansprechpartner gilt als Empfänger für alle weiteren Informationen im Zuge des Vergabeverfahrens.

Bei Bietergemeinschaften gilt der untenstehende Bieter als vertretungsberechtigtes Mitglied.

Name des Bieters: (vollständig)	
Straße, Hausnummer:	
PLZ, Ort:	
Name des Ansprechpart- ners für die Ausschreibung:	
E-Mail-Adresse:	
Telefonnummer:	

Hinweis: Der AG wird die Kommunikation mit den Bietern auch nach Angebotsabgabe in der Regel über das DTVP-Portal führen. Der Bieter hat sicherzustellen, dass Nachrichten an die im DTVP-Portal hinterlegte E-Mail-Adresse den projektverantwortlichen Ansprechpartner erreichen.

⁵ Dafür bietet sich der kostenlose Adobe Acrobat Reader an, der u. a. hier zum Download angeboten wird:
<https://get.adobe.com/de/reader/>

Weitere Angaben zum Bieter

Im Zuge der Einführung neuer Anforderungen für EU-weit vergebene Aufträge (sogenannte e-Forms) sind öffentliche Auftraggeber verpflichtet, in Vergabebekanntmachungen über vergebene Aufträge die unten aufgeführten Angaben zu den Auftragnehmern zu veröffentlichen.

Vor diesem Hintergrund sind für jeden Bieter und bei Bietergemeinschaften für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft die folgenden Angaben zu machen.

Nationale Identifikationsnummer

Für Unternehmen bzw. andere Wirtschaftsteilnehmende ist grundsätzlich die jeweilige Wirtschaftsidentifikationsnummer einzutragen. Da diese noch nicht eingeführt wurde, ist eine andere eindeutige Identifikationsnummer eindeutig identifizierbar zu benennen, vorzugsweise die jeweilige Umsatzsteuer-ID (z.B. DE124356789) oder ein Registereintrag, in Deutschland vorzugsweise aus dem jeweiligen Handelsregister (z. B. HRA 12345). Nur bei natürlichen Personen kann zum Schutz personenbezogener Daten „keine Angabe“ eingetragen werden.

Nummer:

Art der Nummer:

Größe des Wirtschaftsteilnehmers

Angabe der Größe des Wirtschaftsteilnehmers (bitte ankreuzen):

Kleinstunternehmen: bis 9 Beschäftigte und bis 2 Mio. € Umsatz ☐

Kleines Unternehmen: bis 49 Beschäftigte und bis 10 Mio. € Umsatz ☐

Mittleres Unternehmen: bis 249 Beschäftigte und bis 50 Mio. € Umsatz ☐

Großunternehmen: über 249 Beschäftigte oder über 50 Mio. € Umsatz ☐

5.2 Angaben zu Bietergemeinschaften

5.2.1 Weitere Mitglieder von Bietergemeinschaften

In dieser Tabelle ist jedes weitere Mitglied der Bietergemeinschaft aufzulisten.

Firma bzw. Firmen und Anschriften der weiteren Mitglieder:

5.2.2 Erklärung der Bietergemeinschaft

Wir erklären,

- dass im Auftragsfall eine Arbeitsgemeinschaft gebildet wird, und
- dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Wir beabsichtigen folgende Arbeitsteilung:

--

Gründe und Motive für unsere Zusammenarbeit (*hierbei ist darzustellen, dass der Einzelbieter nicht in der Lage wäre, die Leistung zu erbringen, oder andere ähnlich gewichtige Gründe*):

--

ggf. auf separatem Blatt als **Anlage**

.

Signaturfeld gemäß § 126b BGB	Signaturfeld gemäß § 126b BGB	Signaturfeld gemäß § 126b BGB

Datum; Name erklärende Person(en), Art der Vollmacht; Unternehmen
für **alle** Mitglieder der Bietergemeinschaft

5.3 Leistungsbezogene Unterlagen und Angaben

5.3.1 Angaben zur logistischen Durchführung

LU 1: Angaben zur im Auftragsfall vorgesehenen Logistik

Hinweis: Da die Möglichkeit besteht, Unterauftragnehmer während der Vertragslaufzeit zu wechseln, kann hier mit „unter anderem“ diese Absicht angezeigt werden. Gleichwohl soll (soweit zutreffend) zu-
mindest ein infrage kommendes Transportunternehmen (ggf. das vom Bieter bevorzugte) benannt wer-
den, für welches auch die entsprechenden Nachweise für Unterauftragnehmer einzureichen sind.

<p>1. Die Übernahme und der Transport der PPK wird durchgeführt <input type="radio"/> vom Bieter <input type="radio"/> ausschließlich <input type="radio"/> unter anderem von folgendem Unterauftragnehmer Firma, Adresse des Unterauftragnehmers:</p>
<p>2. Ein Umschlag der PPK mit ggf. Sortierung oder Ballierung <input type="radio"/> ist nicht vorgesehen wird durchgeführt vom <input type="radio"/> Bieter <input type="radio"/> folgendem Unterauftragnehmer Firma, Adresse des Unterauftragnehmers:</p> <p>Was erfolgt (Sortierung, Ballierung, Umschlag?):</p> <p>In diesem Fall wird der Weitertransport der PPK zur Papierfabrik durchgeführt <input type="radio"/> vom Bieter <input type="radio"/> ausschließlich <input type="radio"/> unter anderem von folgendem Unterauftragnehmer Firma, Adresse des Unterauftragnehmers:</p>
<p>3. Die Vermarktung der PPK wird durchgeführt <input type="radio"/> vom Bieter <input type="radio"/> von folgendem Unterauftragnehmer Firma, Adresse des Unterauftragnehmers:</p>
<p>4. Die Verwertung der PPK wird <input type="radio"/> ausschließlich <input type="radio"/> unter anderem in folgender Papierfabrik durchgeführt: Firma, Adresse:</p>

Sofern die Verwertungskette mit diesen Punkten nicht vollständig beschrieben ist, sind weitere
Erläuterungen als Anlage beigefügt.

**Für die unter 2. oder 3. genannten Unterauftragnehmer ist die Eignung mit den gleichen Un-
terlagen wie für den Bieter nachzuweisen (siehe Kap. 5.6 und 5.7).**

5.3.2 Verpflichtungserklärung des Eignungsverleihers

Soweit sich der Bieter zur Erfüllung der Eignungsanforderungen (Unterlagen nach Kap. 5.6 und 5.7) der Eignung eines Dritten bedienen muss, hat er hierzu eine Erklärung vorzulegen.

Eine Erklärung, mit der sich der Eignungsverleiher verpflichtet, dem Bieter seine Kapazitäten zur Verfügung zu stellen, ist beigelegt in **Anlage** .

Der Eignungsverleiher hat im Übrigen alle unternehmensbezogenen Angaben zur Eignung zu machen, welche in Kap.5.4 –5.7 auch für den Bieter vorgesehen sind.

5.4 Eigenerklärung zu Ausschlusskriterien

Der Bieter, **jedes** Mitglied von Bietergemeinschaften und **jeder** Unterauftragnehmer hat zu den Ausschlusskriterien der §§ 123 f. GWB sowie zu § 4 Abs.1 NTVerG nachfolgende Erklärung zu machen. Die Formulierungen sind der einfacheren Lesbarkeit wegen im Singular gehalten, soweit zutreffend jedoch auch im Plural zu verstehen.

Wenn die Erklärung zutrifft, kreuzen Sie jeweils bitte „ja“ an. Bei „nein“ bitte den Sachverhalt und etwaige Selbstreinigungsmaßnahmen auf separatem Blatt als **Anlage** erläutern.

Ich erkläre hiermit, dass

<input type="radio"/> ja	<input type="radio"/> nein	<p>weder ich noch eine Person, deren Verhalten meinem Unternehmen zuzurechnen ist (§ 123 Abs. 3 GWB), in den letzten fünf Jahren rechtskräftig verurteilt und gegen das Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes gegen Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt wurde wegen einer Straftat nach:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland), ▪ § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen, ▪ § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte), ▪ § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), ▪ § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), ▪ § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), ▪ § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern) oder § 108f des Strafgesetzbuchs (unzulässige Interessenwahrnehmung), ▪ den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete), ▪ Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder ▪ den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels); <p>und keine Verurteilung oder Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten erfolgt ist;</p>
--------------------------	----------------------------	---

<input type="radio"/> ja	<input type="radio"/> nein	mein Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist;
<input type="radio"/> ja	<input type="radio"/> nein	mein Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat;
<input type="radio"/> ja	<input type="radio"/> nein	mein Unternehmen zahlungsfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens weder ein Insolvenzverfahren noch ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist und das Unternehmen sich weder in Liquidation befindet noch seine Tätigkeit eingestellt hat;
<input type="radio"/> ja	<input type="radio"/> nein	weder mein Unternehmen noch eine Person, deren Verhalten meinem Unternehmen zuzurechnen ist (§ 123 Abs. 3 GWB) im Rahmen der beruflichen Tätigkeit eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird;
<input type="radio"/> ja	<input type="radio"/> nein	mein Unternehmen keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken;
<input type="radio"/> ja	<input type="radio"/> nein	bezogen auf mein Unternehmen kein Interessenskonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte;
<input type="radio"/> ja	<input type="radio"/> nein	mein Unternehmen keine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
<input type="radio"/> ja	<input type="radio"/> nein	mein Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat;
<input type="radio"/> ja	<input type="radio"/> nein	mein Unternehmen a) nicht versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, b) nicht versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder c) nicht fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln;

<input type="radio"/> ja	<input type="radio"/> nein	<p>ich meinen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei der Ausführung des Auftrags im Inland im Sinne des § 22 MiLoG, in der jeweils geltenden Fassung, mindestens ein Mindestentgelt nach den Vorgaben des Mindestlohngesetzes und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die von Regelungen nach § 1 Abs. 3 MiLoG, insbesondere von Branchentarifverträgen, die nach den Vorgaben des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG), in der jeweils geltenden Fassung, bundesweit zwingend Anwendung finden, erfasst werden, mindestens ein Mindestentgelt nach den Vorgaben dieser Regelungen zahle.</p> <p>Mir ist bewusst, dass ein nachweislicher Verstoß gegen meine Verpflichtungen aus dieser Erklärung den Ausschluss meines Unternehmens von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat und nach Vertragsschluss vertragsstrafenbewehrt ist sowie den AG zur außerordentlichen Kündigung berechtigt.</p> <p>Dies werde ich auch von meinen Unterauftragnehmern vertraglich und vertragsstrafenbewehrt fordern.</p>
-----------------------------	-------------------------------	---

Ergänzende Eigenerklärung zur Anlage zum BMWK-Rundschreiben vom 14.04.2022

1. Ich gehöre nicht zu den

in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, **genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,**

- a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bieters oder die Niederlassung des Bieters in Russland,
- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 %,
- c) durch das Handeln der Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.

2. Die am Auftrag als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.

3. Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

(Bieter:) Mir ist bewusst, dass vorsätzlich unzutreffende Erklärungen in Bezug auf das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen sowie meine Eignung zum Ausschluss des Angebotes führen können. Von den Regelungen in § 12 Verwertungsvertrag (Kündigungsregelungen) habe ich Kenntnis genommen.

(Unterauftragnehmer:) Von den Regelungen in § 4 Verwertungsvertrag, insbesondere § 4 (9) (Kündigungsregelung) habe ich Kenntnis genommen.

Signaturfeld gemäß § 126b BGB

Datum; Name erklärende Person(en), Art der Vollmacht; Unternehmen

5.5 Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

Für jeden Bieter, **jedes** Mitglied von Bietergemeinschaften.

BB 1 Unternehmensbeschreibung

Als Anlage ist eine eigene Darstellung, Broschüre o. Ä. beigelegt, aus welcher Angaben zum Unternehmen, zur Unternehmensstruktur (z. B. Muttergesellschaften, Konzernzugehörigkeit) sowie ggf. zur zuständigen Niederlassung hervorgehen. Die Darstellung hat eine vollständige Liste der Gesellschafter bzw. Kommanditisten zu enthalten.

BB 2 Registereintrag

Als Anlage ist ein aktueller, den geltenden Registerstand wiedergebender Auszug aus dem Berufs- oder Handelsregister nach Maßgabe des Landes, in dem der Bieter ansässig ist, beigelegt.

5.6 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Für jeden Bieter, **jedes** Mitglied von Bietergemeinschaften.

Sollte ein Bieter keine Umsätze mit vergleichbaren Leistungen aufweisen, so sind die Umsätze des Unterauftragnehmers anzugeben. Dieser fungiert dann als Eignungsverleiher und muss eine Verpflichtungserklärung gemäß Kap. 5.3.2 einreichen.

WL 1 Angaben zum Gesamtumsatz

2023	2024	2025	Mittelwert 2023-2025

WL 2 Angaben zum Umsatz mit vergleichbaren Leistungen

Sämtliche Umsätze, die im Bereich PPK erzielt wurden: Übernahme, Logistik, Verkaufserlöse aus privaten, gewerblichen oder kommunalen Quellen.

2023	2024	2025	Mittelwert 2023-2025

5.7 Berufliche Leistungsfähigkeit

Für jeden Bieter, **mindestens ein** Mitglied von Bietergemeinschaften.

Sollte ein Bieter kein Efb-Zertifikat oder keine Referenzen für einen bestimmten Bereich aufweisen, so sind die Angaben für den Unterauftragnehmer einzutragen. Dieser fungiert dann als Eigenschaftsleihgeber und muss eine Verpflichtungserklärung gemäß Kap. 5.3.2 einreichen.

BL 1 Qualitätssicherung Bieter – Bietergemeinschaft

Nachweis für die Zertifizierung zum Entsorgungsfachbetrieb für die vom Bieter selbst durchgeführte Tätigkeit, AVV 15 01 01 oder AVV 20 01 01. Dabei müssen mindestens die selbst durchgeführten operativen Haupttätigkeiten zertifiziert sein, also bspw. Befördern, Lagern, Behandeln oder Verwerten; Handeln und Makeln werden als Auffangtätigkeiten angesehen, sofern der Bieter keinerlei operative Handlungen ausführt, sondern nur verwaltet.

Beigefügt als **Anlage**

Bei ausländischen Bietern: gleichwertige Qualitätssicherung als **Anlage** beigefügt.

BL 2 Qualitätssicherung Unterauftragnehmer (Papierfabriken sind ausgenommen)

Nachweis für die Zertifizierung zum Entsorgungsfachbetrieb für die zutreffenden Leistungsteile/Tätigkeiten, also bspw. Befördern, Behandeln oder Verwerten von AVV 15 01 01 oder AVV 20 01 01.

Beigefügt als **Anlage**

Bei ausländischen Bietern: gleichwertige Qualitätssicherung als **Anlage** beigefügt.

BL 3 Referenzen (mindestens eine Referenz)*Übernahme, Logistik, Verkauf von PPK aus privaten, gewerblichen oder kommunalen Quellen*

Für die vom Bieter selbst durchgeführte Tätigkeit

lfd. Nr.	Auftraggeber	Tätigkeit	Zeitraum	Umfang der Tätigkeit
01				
	Kontakt des Referenzgebers (Name, E-Mail, Tel.-Nr.)			
02				
	Kontakt des Referenzgebers (Name, E-Mail, Tel.-Nr.)			
03				
	Kontakt des Referenzgebers (Name, E-Mail, Tel.-Nr.)			

5.8 Preisblatt

Im nachfolgenden Preisblatt sind jeweils die Einheitspreise vollständig einzutragen, während die weiteren Berechnungen automatisch erfolgen. Die Vordersätze dienen lediglich der Angebotsbewertung und sind nicht verbindlich.

Hinweise zu Pos. 2:

positives bzw. kein Vorzeichen = der AN zahlt ein Verwertungserlös an den AG

negatives Vorzeichen = der AG zahlt ein Verwertungsentgelt an den AN.

Der hier angebotene Erlös/Preis je Tonne unterliegt der Preisgleitung gemäß Kap. 3.6.4 der Leistungsbeschreibung (EUWID-Index „Altpapier Inland, Sorte 1.02 – Gemischte Ballen, Ankaufpreise, Deutschland“).

Es werden die derzeit vom Verwerter abzuholenden Mengen angesetzt; derzeitige Herausgabemengen sind bereits abgezogen (siehe Kap. 3.3 und 3.5). Dieser Wert verringert sich, wenn weitere Systeme auf die Herausgabe gemäß § 22 Abs. 4 VerpackG bestehen.

Pos.	Bezeichnung	Vordersatz	Einheitspreis	Jahresbetrag
1	Übernahme und Transport	13.000 t/a	€/t	€/a
2	Verwertung von PPK	13.000 t/a	€/t	€/a
Angebotssumme (netto)				€/a

Mit der Abgabe erkennt der Bieter die Vertragsunterlagen (Kap. 3, 4 und 5) der Ausschreibung – ggf. in durch Biiterrundschreiben modifizierter Form – vollständig als maßgeblich für die Leistungserbringung an.

Der Bieter erklärt sich bis zum Ablauf der Zuschlagsfrist (bzw. – wenn sich die Zuschlagserteilung wegen eines Nachprüfungsverfahrens verzögert – bis vier Wochen nach Rechtskraft des letztinstanzlichen Beschlusses, sofern er am Nachprüfungsverfahren beteiligt ist) an das Angebot gebunden.

Signaturfeld gemäß § 126b BGB

Datum; Name erklärende Person(en), Art der Vollmacht; Unternehmen

Anhang: Häufige Fehler in Vergabeverfahren

Die Angebotsfrist wird nicht beachtet: Ihr Angebot muss unbedingt vor Ablauf der Angebotsfrist auf dem benannten Portal hochgeladen worden sein, da es ansonsten ausgeschlossen werden muss bzw. technisch nicht mehr eingereicht werden kann.

Nicht signierte Angebote: Auch im Rahmen der Textform müssen an den vorgegebenen Stellen Unterzeichnungen in Form von Signaturen geleistet werden, die händische Unterschriften und Firmenstempel ersetzen. Eine fehlende Signatur bei der Textform kommt einer fehlenden Unterschrift bei der Schriftform gleich. Die Signatur einer anderen Person ohne deren Einwilligung einzutragen, ist Urkundenfälschung!

Unterlagen fehlen: Ihr Angebot muss vollständig sein. Das Angebotsformular in Kap. 5 leitet Sie sicher durch alle diesbezüglichen Forderungen, welche die Vergabestelle erhebt. Die Vergabestelle kann zwar unter Fristsetzung bestimmte Unterlagen nachfordern, der Bieter hat jedoch keine Garantie, dass dies erfolgt.

Änderungen oder Ergänzungen an den Vergabeunterlagen: Änderungen oder Ergänzungen, die der Bieter an den Vergabeunterlagen durchführt, müssen zum Ausschluss des Angebots führen. Besonders häufig treten Änderungen in den folgenden Formen in Erscheinung:

- **Eigene AGB** werden beigelegt, die den Vergabeunterlagen widersprechen.
- **Zusätze auf Angebotsschreiben** wie „das Angebot ist freibleibend“ oder eigene Standardzahlungsbedingungen werden formuliert.
- **Ergänzungen auf den Preisblättern** (oft mittels * gekennzeichnet) mit Einschränkungen oder Erweiterungen zu einer bestimmten Position.
- Separat beigelegte **Beschreibungen** widersprechen den Anforderungen der Leistungsbeschreibung.

Erkennt der Bieter Unstimmigkeiten oder Unvollständigkeiten in den Vergabeunterlagen, so hat er dies **rechtzeitig vor Ablauf der Angebotsfrist** über das benannte Portal mitzuteilen. Auf diese Weise hat die Vergabestelle die Möglichkeit, aufgrund berechtigter Hinweise ggf. die Vergabeunterlagen anzupassen.

Fehlende Preisangaben: Ihr Angebot muss alle geforderten Preisangaben in den entsprechenden Preisblättern enthalten. Eine Nachforderung von Preisangaben ist nur bei unwesentlichen Einzelpositionen möglich, die insgesamt die Wertungsreihenfolge nicht verändern.

Kalkulationsfehler: bspw. bei Nichtbeachtung der Erklärungen, wie die Preisblätter auszufüllen sind.

Unzulässige Nebenangebote: Bei dieser Ausschreibung sind keine Nebenangebote zugelassen. Daher müssen von Ihnen definierte Alternativangebote ausgeschlossen werden.

Um **Fehler zu vermeiden**, halten Sie sich bitte an das Angebotsformular, das in Kap. 5 abgedruckt ist und separat als ausfüllbares PDF-Dokument zur Verfügung steht. Um Ihren und den Aufwand der Vergabestelle möglichst gering zu halten, reichen Sie bitte keine anderen bzw. weitergehenden Unterlagen – als die in Kap. 5 genannten – ein; solche sind ggf. nur nach Aufforderung durch die Vergabestelle beizubringen.